Völkisches Rüstzeug

Flugschriftenreihe: Heft 5

Börse und Marxismus

oder

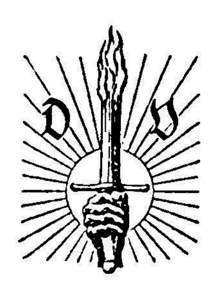
Der Herr und der Knecht

von

Alfred Rosenberg

„Wir kennen kein Vaterland, das Deutschland heißt".

A. Crispien, Vorsitzender der V.S.P.D. am 11. Januar 1922.



scher Volksverlag (Dr. E. Boepple) München

Die Herkunft der Novemberrepublik.

1.

Wenn ein Staatsgefüge zusammenkracht, so liegt die Schuld an diesem Zusammennbruch auf beiden Seiten: die eine tut die Tat, die andere besitzt nicht mehr den Lebenswillen, um sich selbst zu verteidigen, womit ihre Daseinsberechtigung auch geschwunden ist. Stimmt nun dieses zweifellos, so ist aber doch die Art und Weise, wie eine Revolution vor sich geht, für ihre Beurteilung entscheidend, die Staatsgedanken, das Lebensgefühl, die Ideale einer Bewegung und ihre Verkörperungen in ihren Führern bilden den Prüfstein, an welchem das Wesen eines gelungenen Umsturzes zu kontrollieren ist. Über fünf Jahre besteht nun die Republik vom 9. November 1918, das Deutsche Volk hat also genügend Gelegenheit gehabt, seine angeblich früher brutal vergewaltigten und in ihrer geistigen und politischen Entfaltung zurückgedrängten Heroen zu würdigen. Kaleidoskopisch sind sie schon an uns vorübergezogen. Wer kennt die Namen aller Kanzler und Minister, die nacheinander von einer byzantinierenden Presse als neue Retter angepriesen wurden? — Niemand achtet mehr auf sie und trotzdem ist gerade ihre Unbedeutendheit das Charakteristische an ihnen. Kein Held, kein großer Geist, keine große Natur, selbst kein rücksichtsloser Gewaltmensch ist der Tat des 9. November 1918 entstiegen.

Dieser Mangel an jeglichen, über den Durchschnitt hinausragenden Köpfen war zu erwarten, denn jeder bewußte Deutsche kannte ja die „Ideologie", welche von den Vorkämpfern und Nachläufern der Novemberrepublik vertreten wurde. So verschieden auch die „Männer" und Parteien der Novemberrevolte schienen, ihre gemeinsame, sie auf immer zusammenschmiedende Aktion ergibt sich samt ihren „ideellen" Impulsen mit Notwendigkeit aus einer einzigen Grundrichtung: in der wütenden oder geheimverbissenen Bekämpfung alles echt und stark Nationalen. Der Internationalismus der „Demokratie", der Internationalismus der „proletarischen Solidarität" und der Internationalismus einer Konfession verbrüderten sich zum Kampfe gegen das gewordene und noch werdende Deutsche Reich. Jede dieser Richtungen lieh sich nun die Hilfe des internationalen Judentums, bzw. nahm dieses notwendigerweise die Führung der internationalen, volkszersetzenden Bestrebungen in die Hand.

Ein Mensch oder eine Partei, welche aus Instinktlosigkeit und Bewußtsein der völkischen Einstellung zu allen Problemen abschwören, haben zugleich die Axt an die Wurzel gelegt, aus der jede Kultur — es gibt nur nationale Kulturen — erwachsen ist. Umgekehrt muß ein Deutscher, der sich zum Internationalismus bekennt, geistig und charakterlich schon impotent, für eine wirkliche Führerrolle unfähig sein, da bei ihm der seelische Zustrom aus dem Geiste seines Volkstums schon unterbunden worden ist. Aus dieser einfachen, völkerpsychologischen Erkenntnis ergibt sich die allgemeine Struktur einer Bewegung, die unter internationaler, d. h. a- und antivölkischer Losung marschiert von selbst: wurzellose Asphaltmenschen, gehirnverkalkte Professoren, Kaffeehausschwärmer, blutlose Doktrinäre, überzogen und durchsetzt von aktiven, skrupellosen Spekulanten — die überall ihr Wesen treiben, wo die Dinge im Flusse sind —, d. h. politische Strandpiraten.

Hinter diesen „Führern" trottete eine durch Krieg und Hunger zermürbte, durch gemeine Propaganda um den Glauben an das gute Recht des deutschen Volkes gebrachte dunkle Masse, die schließlich nichts weiter wollte, als ein Ende. Ihnen gegenüber stand ein Regime, an dessen politischer Leitung sich schon die Geistesbrüder der Novemberrevoltäre festgesetzt hatten (Bethmann-Hollweg, Lichnowsky, Bernstorff, Max v. Baden, Walter Rathenau, Payer, Gröner usw.). Der dynastisch-demokratische Staat Wilhelm II. besaß keinen Willen zum Leben mehr, seine „Bürger" aber waren faul und feige, trachteten nur nach „Ruhe und Ordnung", nach einem vollen Geldsack und ließen im übrigen widerspruchslos alles über sich ergehen. Die Wenigen, welche die Zusammenhänge überblickten und entgegen dem gesamten Komplex alter, morscher, gehirnverkalkter Staatsauffassungen für eine völkische Neugeburt kämpften, waren Prediger in der materialistischen Wüste des parlamentarisch-plutokratischen Zeitalters. Aus tiefster Not fängt das deutsche Volk erst jetzt auf sie zu hören. Es wird noch eine größere Zuchtrute über uns schlagen, ehe die innere Umkehr wirklich vollbracht ist . . .

Ist ein Mensch eine innerlich haltlose Persönlichkeit, so kann er zwar seinen materiellen Instinkten oft genug mit größter Rücksichtslosigkeit nachgehen, Begriffe wie Ehre, Selbstachtung, Wahrung und Durchsetzung einer geistigen und charakterlichen Eigenart werden aber an Bedeutung verlieren, je kümmerlicher innerlich die Person ist. Dieser Mensch wird materiell Spekulant, geistig ein Schwächling oder Feigling, d. h. Pazifist sein. Ist eine ganze Partei in Fragen einer völkischen Politik pazifistisch, so ist ein Schluß auf die Führung dieser Partei nicht schwer. Sie wird genau so aussehen, wie etwa ein Erzberger, Scheidemann oder ein Bernstorff. Duldet ein Volk auf die Dauer die Herrschaft dieser Parteien, so ist dies ein Beweis für eine schwere Erkrankung. Es kann sich also — und das ist das Problem der heutigen und kommenden deutschen Politik — nur darum handeln, gegen die Verwesungskeime durch Wiedererweckung neu-alter Volksideale eine Gesundung durchzuführen, oder in diesem Kampfe für das deutsche Volkstum zu unterliegen. Mit den Parteien der internationalen Impotenz zusammen kann Deutschland nicht gerettet werden, ebensowenig wie ein Kranker durch Zusammenarbeit von Arzt und Cholerabazillen. Eine deutsche Politik fordert also für die Zukunft eine Zertrümmerung der Parteien, welche ganz direkt Schuld sind an der Schmach vom 9. November 1918 und eine Umkehr zur nationalen Energie der sogenannten nationalen Rechten. Es wird immer Parteien in einem Volke geben, sie sind notwendig als Zeugen einer Spannung zwischen erhaltenden und drängenden Lebensgefühlen verschiedener Generationen. Aber eine Plattform müssen sie einst alle anerkennen: die unbedingte Wahrung völkischer Ehre nach innen und außen; Volks- und Rassenschutz für alle Deutschen daheim und in der Fremde; soziale Gerechtigkeit gegen alle; den nationalen Machtgedanken zum Schutz gegen neidische Nachbarn.

Mit diesen Andeutungen ist die unüberbrückbare Kluft angedeutet, welche zwischen einem deutschen Staatsgedanken und der undeutschen Struktur der Novemberrepublik liegt. Daß diese nun eine Verfolgung des völkischen Deutschtums bedeutet, weiß das deutsche Volk seit fünf Jahren. Es muß jetzt nur noch begreifen, daß es hierbei sich nicht um das Übelwollen einiger Persönlichkeiten, nicht um Übergriffe gehandelt hat, sondern um ein ganzes, seit vielen Jahrzehnten gelehrtes System, in dessen Bann schon Generationen

aufgewachsen sind und zu dessen Führern Personen bestellt werden, deren Wesen mit diesem System eine Einheit darstellte. Umgekehrt verkörpert sich das System in seinen Führern, diese bilden also das Vergrößerungsglas auch für kleinere Erscheinungen, mit denen sie untrennbar zusammenhängen, deren Presse sie fördert, deren Redner sie loben...

2.

Die machtpolitische Gestaltung der Welt hatte 1914 eine starke Spannung erreicht. Dank der diplomatischen Unfähigkeit der deutschen Politik war das deutsche Volk weder nach Osten rückversichert noch hat es diesen geopfert um Englands willen. Dafür verband es sich praktisch auf Gedeih und Verderb mit einem Völkerkonglomerat und hatte sich am Bosporus zum Prügelknaben für zwei traditionell todfeindliche Mächte hergegeben. Daneben wurde ab und zu klirrend herumgefuchtelt, um sich dann unter großem Gelächter der Gegner wieder nach Hause schicken zu lassen. Angesichts dieser offenkundigen Weltlage war zum mindesten ein Gebot dann das allerwichtigste: die möglichste Ausgestaltung eines sofort schlagfertigen Heeres.

Aber an der Leitung saßen schon damals die geistigen Vorläufer des 9. Novembers 1918. Der „Deutsche" Reichstag lehnte die Heeresvermehrung (von Ludendorff vorgeschlagen) ab. In London hielt der „deutsche" Botschafter Lichnowski am Kaisergeburtstag eine Rede über die Rückständigkeit des Nationalgefühls. Der „deutsche" Kanzler aber schrieb am 16. Juni 1914 (!) an diesen Herrn, daß die Nachrichten über russische Kriegsabsichten einen Ruf nach Heeresverstärkung zur Folge gehabt habe. „Da — so schreibt Bethmann-Hollweg weiter — S. M. der Kaiser sich schon ganz in diese Gedankengänge eingelebt hat, besorge (!!) ich für den Sommer und den Herbst den Ausbruch eines neuen (!) Rüstungsfiebers (!) bei uns!" Derselbe Kanzler des Reiches war noch (wie Kronprinz Wilhelm in seinen „Erinnerungen" erzählt) am Tage vor dem Ausbruch des Krieges mit England von der Neutralität dieser Macht vollkommen überzeugt. Daß Großbritannien Deutschland niederschlagen wollte, hatte der verantwortliche Leiter Deutschlands noch 1916 nicht begriffen. Pressevertretern erklärte er am 5. Mai 1916: „Wenn wir den rücksichtslosen U-Bootkrieg führen würden, würde man sich in England sagen, es geht auf Leben und Tod, und würde den Krieg bis zum letzten Atemzuge führen." Nach Rußland verbaute derselbe Mann dem Deutschen Reiche aber jede Friedensaussicht durch die Proklamation des polnischen Königreiches. Es ist darum sehr wahrscheinlich, wenn der in diesen Fragen gut unterrichtete Erzberger behauptet, die „Friedens"resolution vom Juli 1917 hätte Bethmann besonders deshalb begrüßt, weil sie als ein Kampfmittel bester Sorte gegen die Alldeutschen zu betrachten gewesen wäre.

Solch einem Typus war das deutsche Volk ausgeliefert. Wenn man nun glauben sollte, Bethmann hätte zum mindesten nach dem Zusammenbruch seine ungeheure Schuld eingesehen, als „ehrlicher Mann", als den man ihn von alljüdischer Seite hinzustellen bemüht gewesen ist, so hat man das Wesen eines Gernegroßen nicht erfaßt. Es wäre jedem zu empfehlen, Bethmanns kurz vor dem Tode verfaßten „Betrachtungen zum Weltkriege" aufmerksam zu lesen. Sie sollen eine Verteidigung darstellen, sind aber zur vernichtenden Selbstkritik geworden. Derselbe Mann, welcher von der Neutralität Englands stets überzeugt war, bringt jetzt die Dokumente, welche vom Kriegswillen dieses Staates

ein einwandfreies Bild geben. So zitiert Bethmann den Bericht Sassonows aus Balmoral vom September 1912 (!), in welchem es u. a. heißt, daß im Falle die französische Flotte einen Durchstoß der österreichischen ins Schwarze Meer verhindern würde, Grey „ohne zu schwanken" erklärte, daß „England alles daransetzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen". Auch das Wort König Georgs führt Bethmann an, daß im Kriegsfalle nicht nur die Kriegsflotte, sondern auch die Handelsschiffe angegriffen werden sollten, die „Engländer würden jedes (!) deutsche Schiff, das ihnen in die Hand kommt, in den Grund bohren". Das erzählt uns also derselbe Politiker, welcher 1916 noch immer nicht glaubt, daß es auf Leben und Tod ginge. Noch mehr! Gelegentlich der Besprechung des U-Bootkrieges heißt es: „Die Vorstellung, daß ein vor die Gefahr des Kriegsverlustes gestelltes England sich 1916 nicht ähnlich wie 1917 zu verteidigen gewußt hätte, unterschätzt britische Hartnäckigkeit und Seekriegskunst."

Gleich nachdem Bethmann (vor 1912!) den zitierten Brief Sassonows an den Zaren Nikolaus angeführt hat, schreibt der Unverbesserliche über den Balkankonflikt: „Abzuweisen ist die Schlußfolgerung, als hätten die Ententemächte beabsichtigt, aus dem Balkankrieg den europäischen Krieg hervorwachsen zu lassen. Daß sie sich für die Eventualität eines solchen Krieges durch militärische und diplomatische Konventionen sicherten, war nur ein Gebot natürlicher Vorsicht. An sich (!) folgt Kriegswillen daraus nicht." An sich freilich nicht, aber es pflegt in der Welt nicht so vorzugehen, wie ein deutscher Stubenhocker es sich „logisch" zusammenleimt. Was aber für Bethmann bei unsern Feinden „natürliche Vorsicht" bedeutet, das „besorgte" der Kanzler Deutschlands noch 1914 in — Deutschland...

An die Spitze einer längeren Betrachtung (Bd. II. S. 16) stellt Bethmann den Satz, welcher so echt den novemberrepublikanischen Geist vorausahnt: „Daß ein Verständigungsfrieden die Niederlage sei, war unpolitisch gedacht. Behaupteten wir uns selbst, dann gewannen wir den Krieg." Mit anderen Worten: während den feindlichen Völkern ein bestimmtes Ziel gesetzt wurde (Frankreich: Elsaß-Lothringen, der Rhein, in weiterer Ferne überhaupt Deutschlands Vernichtung; England: Zerstörung der deutschen Seemacht, Raub deutscher Kolonien; Rußland: der Bosporus, Ostgalizien usw.), sollte Deutschland für — — „Verständigung" kämpfen. Daß dies nur Niederlage bedeuten konnte, faßte ein Kopf vom Kaliber Bethmanns nicht mehr, obgleich er schon wenige Zeilen weiter selbst erklärt, daß die uns feindliche Koalition „an ihre Endziele nur kommen konnte, wenn sie uns niederschlug". Und im nächsten Absatz spricht er vom deutschen „Machtfetischismus", der angeblich „sämtliche Gegner" „physisch und moralisch (!!) versklaven" wollte. Voller Bewunderung glaubt der deutsche Kanzler in seinem Werke angesichts des heutigen Frankreichs erklären zu müssen: „Vor dem kulturellen französischen Genius beugen sich auch politische Gegner." Voll merklichen Neides des Schwächlings einer starken Natur gegenüber stellt er fest: „Die Ententepropaganda, die sich selbst die ehrbarsten, uns die verbrecherischsten Motive zuschrieb, ist ein mächtiges Schwungrad in der feindlichen Kriegsmaschine gewesen. Namentlich in England ließen sich pazifistische Regungen durch den Aufruf zum heiligen Kreuzzug gegen die Hunnen immer (!) erfolgreich ersticken." Den Pazifismus in Deutschland aber entschuldigt Bethmann als

durch die „Auswüchse des Annexionismus provoziert“ und zetert über die „grellen Stimmen der Alldeutschen“. Angesichts dieser Aussprüche und Feststellungen hat dann Bethmann noch die Stirn zu erklären, die feindliche Parole vom Kampfe für Gerechtigkeit, Unterdrückung der Autokratie, für die Freiheit der kleinen Staaten usw. sei von der Welt gläubig akzeptiert worden. Dieser Ruf hätte „eine Zugkraft“ gehabt, „gegen die unsere Parole der Verteidigung nicht aufkam“ (II. S. 61). Bethmann ist für Faustschläge ins eigene Gesicht vollkommen unempfindlich geworden, denn er — der verantwortliche Leiter der deutschen Politik — schreibt weiter: „Unzweifelhaft haben wir vor dem Kriege keinen genügenden Propagandaapparat gehabt. Ausreichende Geldmittel fehlten...“ „Auch (!) in der Propaganda schlägt nur (!!) die Offensive durch. An einer in der Welt zündenden Offensivparole aber, die die der Feinde überwand, fehlte es uns“ (II. S. 58).

Mit diesem Selbstbekenntnis hat sich Bethmann selbst vor der Geschichte — nicht natürlich in den Augen der Novemberrepubilk — sein Todesurteil gesprochen. Er hat es verabsäumt, dem deutschen Volk einen nationalen Propagandaapparat zu verschaffen; er hat gegen jede nationale deutsche Offensive Zeit seines Lebens gewirkt; er hat dem deutschen Volk kein Ziel gezeigt; er hat ihm auch nicht die Parole geprägt, unter der es für sein Recht kämpfen sollte. Im Gegenteil, die Männer, welche verstanden, wofür — weltpolitisch und sittlich — das deutsche Volk im Felde stand, sie wurden mißachtet, verfolgt (H. St. Chamberlain, H. v. Liebig), die Scheidemann und Erzberger aber zur — Regierung gebeten! Es handelte sich um den Kampf gegen einen die ganze Welt überfilzenden Geist materialistischen Händlertums, um den Kampf gegen eine internationale Versklavung der Welt durch die wucherischen Börsenspekulanten; es handelte sich um die Wiedererweckung nationaler Kulturgeister gegen ihre Verschacherung durch die plutokratischen Demokratien des von der jüdischen Hochfinanz bestimmten Westens; es handelte sich um den Freiheitskampf der Völker gegen die Kulirolle, sich zum Besten Dritter — der Großbörsen und Banken — die Schädel einzuschlagen; es handelte sich um den Kampf des deutsch-europäischen Heldenideals gegen das jüdisch-neuenglische Händlertum. Davon hat Bethmann-Hollweg nichts gewußt, auch nichts gewollt, ging er doch mit dem alljüdisch-börsianischen „Berliner Tageblatt“ schlafen und stand mit ihm wieder auf, war er doch selbst ganz umsponnen von der Gedankenwelt des parlamentarisch-verseuchten Westens, der ja sein Ideal vorstellte. Einmal hat Kaiser Wilhelm die weltanschauliche Gegenüberstellung, um die es sich handelte und noch heute handelt (da der Kampf nicht vorüber ist, sondern weitergehen wird, solange der Begriff „deutsches Volkstum“ noch eine lebendige Kraft besitzt), ausgesprochen. Vermutlich darauf beziehen sich Bethmanns Worte, die er der Klage über die „grellen Stimmen der Alldeutschen“ anfügt, die „Kundgebungen aus kaiserlichem Munde“ seien „fast noch schwerer auszugleichen gewesen“ als diese. Der große Bethmann dachte nicht an seinen Trauerruf vom „Unrecht an Belgien“, der Deutschland mehr geschadet hat als zehn verlorene Schlachten es hätten tun können, oder an seinen kindisch-gereizten Ausruf über den „Fetzen Papier“, ebenfalls eine Waffe in der Hand unserer Todfeinde, für die Bethmann zum Ritter der französischen Ehrenlegion hätte ernannt werden sollen oder zum Adoptivsohn des Lord Rothschild. Zum mindesten sollten ihm die

jüdischen Kriegshetzer in Amerika (Nathan Strauß, Otto Hermann Kahn, Bernard Baruch usw.) eine Gedenkmedaille stiften, ähnlich der goldenen, die Simon Wolff dem Präsidenten Wilson nach der Versailler Konferenz im Namen der Judenheit um den Hals hängte.

Zum Schutz *ihres* Bethmann kam die demokratisch-jüdische Presse nun nach allen seinen Zusammenbrüchen mit dem Argument, der arme Bethmann sei durch die böse Oberste Heeresleitung in der Durchführung seiner Politik gehindert worden. Zwar klagt nun auch der lange Theobald selbst herzerweichend über die politischen Einmischungen Ludendorffs und Hindenburgs, die ja angesichts einer solchen Jammerfigur von Reichskanzler selbstverständlich waren. Mit fühlbarer Genugtuung betont aber Bethmann selbst, der Kaiser sei grundsätzlich doch stets mit *seiner* Politik zufrieden gewesen. Und dann schreibt er: „Die politischen Aspirationen einzelner Faktoren des Großen Generalstabs waren sehr stark ausgeprägt, *drangen aber nicht durch*, und auch der mit dem Frühjahr 1916 einsetzenden leidenschaftlichen Agitation alldeutscher und reaktionärer Kreise gegen meine Politik gaben die Gegensätze zwischen den obersten Stellen kein besonderes Relief." Während also in Frankreich, Italien, England, Amerika usw. die Pazifisten als Meuterer und Vaterlandsverräter behandelt wurden, machte man in dem um sein Dasein ringenden Deutschland die Pazifisten zu Gesandten, Propagandaleitern und schlug dem Gedanken der völkischen Diktatur die Waffen aus der Hand. Angesichts dieser Sachlage war ein Kriegführen für die Entente ja *nie* gefährlich: siegte man, so steckte man ganz Deutschland in die Tasche, wenn nicht, so war eine Verständigung ja so wie so sicher. Bethmann drückt das in voller Ahnungslosigkeit so aus: „Generell war die Situation die, daß die feindlichen Machthaber insgesamt (!) wußten, die deutsche politische Leitung sei verhandlungsgeneigt, daß sie selbst aber eine ähnliche Geneigtheit auch nicht von fern andeuteten." (II, S. 54.)

Man *wußte* also ganz genau, wie die Dinge lagen, trotzdem wurde das deutsche Volk mit dem Gerede von der Möglichkeit eines Friedens der Verständigung belogen, sein Widerstandswille geschwächt, ihm der Glaube genommen, für sein gutes Recht zu streiten, bis es schließlich ermattete und reif wurde für den lange geschliffenen Dolch. Dieser Betrug fängt jetzt an, offenkundig zu werden. Die Schuldigen an ihm — bewußte Betrüger und unbewußte Schwärmer — treten in ihrem Wesen immer deutlicher hervor. Der Tag der vollen Erkenntnis *kann* nicht mehr allzufern sein...

3.

Es ist natürlich, daß solch ein Mann der hochgradigsten Eitelkeit und dabei Strukturlosigkeit ohnegleichen für die Politik der noch hinter der Kulisse arbeitenden jüdischen Börse in Deutschland lange die geeignetste Strohpuppe abgab. Freisinnige und Marxisten haben vereint Bethmann-Hollweg (auch das Zentrum ist hier wieder nicht zu vergessen) gegen die bösen Alldeutsche. gehalten, von denen sie dem feindlichen Ausland durch ihre Presse dasjenige Bild lieferten, welches man für die Propaganda gegen das deutsche Volk gerade brauchte. Es ist selbstverständlich, daß Sir Campbell Stuart in seiner Schrift über die Kriegspropaganda Northcliffes („Geheimnisse aus Crewe House") feststellt, daß die zu diesem Zweck sich am besten eigneten die Wiener „Arbeiter-Zeitung", der „Vorwärts", das „Berliner Tageblatt", also das fast offiziöse Organ des Herrn von Bethmann-Hollweg.

Als der unselige Unterwerfungs- — fälschlich Friedensresolution benannte — Vorschlag am 19. Juli 1917 vom sog. Deutschen Reichstag angenommen worden war, schrieb die alljüdische „Frankf. Ztg.“ (20. Juli 1917): „Gestern hat sich die Mehrheit (des Reichstags) jedenfalls bewährt (!) und das deutsche Volk wird die Früchte davon haben (siehe Versailles, Spa, Oberschlesien, Ruhr und Rhein! D. V.). Der alldeutsche Fanatismus ist zusammengebrochen.“ Dem Kanzler, „dem gestern mehr Gerechtigkeit widerfahren“ sei, als „in den wütenden Kämpfen vorher“, war das zu danken gewesen. Als aber die grauen Novembernebel sich 1918 über Deutschland senkten und das „unselige System“ (Fr. Ztg., 7. November 1918) gefallen war, versetzte die „Fr. Ztg.“ dem Strohmann den alten jüdischen Eselstritt und sprach von dessen „grauer Beamtenpolitik“ (17. Dezember 1918).

Der Mohr hatte seine Schuldigkeit nicht übel getan.

Daß nun am 9. November 1918 zwar ein rein dynastisches System gefallen war, stimmt, aber an seine Stelle trat nicht ein organisch-völkisches Staatswesen, sondern dieselben Kräfte, in dessen Händen die Politik des Deutschen Reiches schon vorher gelegen hatte. Rathenau, der Wirtschaftsdiktator Kaiser Wilhelms und Bethmanns wurde der geistige Heros auch der Novemberrepublik; die Bernstorff und Lichnowsky schwangen sich zu vergötterten Gestalten des „neuen Systems“ empor; Matthias Erzberger, der Held der „Friedensresolution“ wurde geistiger Führer der Novembergrößen und der kaiserliche Minister Scheidemann Ministerpräsident des „Freistaates“. Die herrschende marxistisch-demokratische Presse wurde Regierungspresse und an der Spitze der Arbeiterrevolution standen plötzlich — hebräische Bankiers, welche neben Erzberger das neue Wunderkind vom 9. November 1918 „auf breitester parlamentarischer Basis“ vertraten.

Das Zeitalter der Maschine und der Börse.

1.

Das 19. Jahrhundert brachte die Erfüllung des Ausbreitungstriebes der weißen Rasse. Über Weltmeere und Kontinente hinweg hatte den Europäer dieser Forschungs- und Eroberungswille vorwärtsgepeitscht, auf die höchsten Gebirge, zum Nord- und Südpol, in die heißesten Wüsten Afrikas und Asiens. Sein Geist schuf sich Instrumente, welche ihm das Bild des Weltalls vermittelten, nimmermüde tasteten Vernunftideen als Fühler in die geheimnisvollen Tiefen der Natur, um sich bei fortschreitender Erkenntnis deren feindliche Kräfte in dem Menschen dienstbare Mächte zu verwandeln bis endlich unsichtbare Wellen über den Erdball hinweg Gedanken vermittelten und sich der Mensch auf glänzenden Leinwandsflügeln emporhob auch in die Luft. Als **Eroberer**. Welteroberung, das war die Sehnsucht der letzten 500 Jahre europäischer Geschichte mehr als je zuvor. Ein Volk nach dem andern setzt sich in fernen Weltteilen fest, eine Faktorei, eine Kolonie nach der andern entsteht, bei fortschreitender Technik verknüpft sich dieses Weltstaatensystem immer mehr durch Ozeanriesen, Panzerflotten, welche diesen Besitz ausnutzen, sichern, erweitern. „Die wenig Bäume, nicht mein eigen, verderben mir den Weltbesitz“; dieses Wort des herrschenden 100jährigen Faust war das Leitmotiv, welches am Ende des 19. Jahrhunderts seinem Ausklingen entgegenreifte, dessen Ausklingen

wir heute erleben: Entdecken, Erobern, Herrschen über die Welt, der Weltimperialismus der weißen Rasse.

Dieser Weltimperialismus hatte, wie gesagt, viele Formen: er war empirisch erfinderisch, militaristisch, technisch, kapitalistisch. Diese Funktionen, die anfangs eng vereint am Werke waren, spezifizierten sich später immer mehr, Staat und erobernder Kaufmann, Wissenschaftler und Schlachtenlenker treten fast ganz ohne Zusammenhang auf. Und inmitten der Ausbeute, Organisation, entwickelt sich von Jahrhundert zu Jahrhundert immer mehr eine Spezies der luziferischen Weltunterjochung: das Vermittlerwesen, die Börse. In Amsterdam, in London und Paris entstehen jene Zellen heutiger Geld- und Weltherrschaft, die, nicht aktiv teilnehmend am grandiosen Schauspiele einer Welteroberung, sondern diese ausnutzend, später dank der organisierten Nachrichtenvereinigung des Weltverkehrs in wenigen Punkten zu eigentlichen Regiezentralen der Weltpolitik wurden. Nichts kennzeichnet mehr den offensichtlichen Verfall einer Weltepoche, als daß die ehemaligen Entdecker, Eroberer, kurz die Herren zurücktreten und dem Vermittler, dem Händler, dem Diener Platz machen. Der Weg geht vom Einzeleroberer über den konzentrierten dynastischen Machtstaat zur plutokratischen Parlamentsdemokratie. Der Weg zum Untergang dieser Epoche ist schon angetreten; wir stehen vor einem Chaos einer revoltierenden Welt. Hinter diesem Chaos aber leuchtet als ewig altes, aber erst heute unsern Augen wahrnehmbar gewordenes Ziel der völkische Staat. . . .

2.

Es pflegen manchmal in der Geschichte Mächte heranzuwachsen, deren Stärke von Mitlebenden gar nicht erkannt werden, wenn sie aber schon herrschen, nicht mehr angegriffen werden aus Furcht, von ihnen zermalmt zu werden. Zu diesen Kräften gehören die internationalen Börsen, die polypenartig heute alle Staaten der Welt mit ihren Saugarmen umfassen, den gesamten Weltverkehr kontrollieren, den Spekulationstrieb im Gegensatz zum Eroberer-willen als Götzen anbeten, durch bewußte Lüge die Völker in der Bewertung wirtschaftlicher Dinge irreführen und als Parasiten Herren geworden sind über ganze Völker. Ihnen steht heute eine eigene oder von ihnen abhängige Weltpresse zur Verfügung, ihnen dienen die mit ihrem Wahlgelde bezahlten Parlamentarier aller demokratischen Staaten und ihnen dient auch die gesamte marxistische Bewegung als Sturmbock gegen die noch bestehenden nationalen Traditionen der Vergangenheit und gegen die Kräfte einer von ihnen unabhängig sein wollenden Zukunft.

Dieses Börsenwesen hätte nun nie einen so eindeutig international eingestellten Charakter ohne das Judentum erlangt. Brachte auch die Vermittlertätigkeit, das reine Geldwesen, eine Lockerung vom heimatlichen Boden mit sich, so wären die allgemeinen völkischen Rivalitäten doch stärker gewesen, wenn nicht in jedem Lande, wie von einem Magnet gezogen, die jüdischen Weltenwanderer sich an den Börserplätzen festgesetzt hätten. Die heutige Form des völkerausfaugenden Börsen- und Bankkapitalismus ist nachweislich das Produkt des jüdischen Charakters. Die alten Lügen, als sei dieser Charakter den Juden aufgezwungen worden, sind abgesehen von ihrer psychologischen Borniertheit, ja auch geschichtlich einwandfrei als solche gekennzeichnet. Schon lange vor Christus leben die Juden in der ganzen, damals bekannten Welt zerstreut und zwar immer an Handelsplätzen, an Karawanenzentralen, in Hafenstädten.

Schon 139 v. Christo wird ihre römische Kolonie gemeldet, die sie am Tiberufer, wo die phönizischen und griechischen Kaufleute anlegen, „gegründet" hatten und aus welcher sie sich trotz Überschwemmungen und Seuchen nicht vertreiben ließen. Sie genießen in Rom wie später in den anderen Staaten Europas alle Bürgerrechte, doch hüten sie sich, sich je ernstlich mit Ackerbau und ähnlichen, wenig Geld eintragenden Dingen abzugeben. Versuche, sie dazu zu zwingen (wie in Portugal und Frankreich) wissen sie zu hintertreiben: Zwischenhandel, Mädchenhandel, Sklavenhandel, Pfand- und Leihgeschäft, das ist das Wesen jüdischer Tätigkeit von „Vater Abraham" bis Jacob Schiff. „Eine Nation von Kaufleuten und Betrügern", sagte Kant in der nüchternen Erkenntnis der Urtatsachen jüdischen Wesens. Als über die Welt zerstreut, in jedem Staate aber einen rassisch geschlossenen Kern bildend, zeigt sich nun das Wesen dessen, was man als jüdischen Staat bezeichnen muß, einen Begriff also, der für uns einen dadurch vollständig andern Charakter erhält. Die Juden haben nie ein vertikal geschichtetes Volk gebildet, sondern stets eine horizontal gelagerte, sich überall gleichbleibende Schicht mit dem Streben, sich als eine solche auch zu erhalten. Das Wesen dieses „Staates" bedingt andere ausnutzbare Kräfte einer schöpferischen Umgebung. Ein Judenstaat im Sinne eines europäischen Staates ist also ein Widerspruch in sich selbst. Judenstaat bedeutet nur ein System von Handelszentren.

Man begreift aus dieser sich aus der ganzen Geschichte mit Augenscheinlichkeit ergebenden völkerpsychologischen Einsicht leicht, daß die welterobernde Tendenz der europäischen Völker, welche notwendigerweise wichtige, rein als Vermittlung gedachte Zentralen im Gefolge hatte, die Juden magisch beeinflussen mußte. Wären die weisen politischen Ausnahmegesetze schon vor dem 19. Jahrhundert aufgehoben worden, so hätten wir die organisierte Weltausbeutung schon bedeutend früher erlebt. So mußte sich der Jude erst durch wirtschaftlichen Einfluß zur politischen Macht hindurchwuchern, ein Vorgang, der sich in weltgeschichtlicher Größe zuerst bei der französischen Revolution 1789 abspielte, dann 1848, 1871 und 1918 wiederholte. Heute diktiert der Börsenherr schon die Politik *und* die Wirtschaft.

* * *

Die Maschine hatte gemeinsam mit dem starken Anwachsen der europäischen Bevölkerung die Industriestadt, die Großstadt geboren. Wollte man den Nachwuchs nicht auswandern lassen, so mußte man ihm Arbeit und Brot schaffen. Die Maschine vervollkommnete sich, das Jahrhundert der Technik begann seine heutige, volks- und kulturzerstörende Tätigkeit, unter der Erde in Kohlenschächten, in schmutzigen Winkeln der Städte, des Lichts und der Luft entzogen wuchsen ganze, der Natur entfremdende Generationen heran. Sie sahen keinen Sinn und kein Ziel in ihrer Arbeit, sie verstanden nichts vom Wesen des Produkts, das vom Werk geliefert wurde, an welchem sie jahraus jahrein nur ein und dasselbe Stück gedreht hatten; sie begriffen ihre Arbeit nur als ein mechanisches Tun, das ihnen ihr bißchen Leben sicherte; das ursprünglich gesunde Verbinden von Ursache und Wirkung, von Urteilen über Zweck- und Unzweckmäßigkeit einer Maßnahme, wie sie der naturverwachsene Bauer übt, verkümmerte immer mehr. . . . Aus dieser Stimmung entstand eine im tiefsten Innern berechtigte dumpfe Empörung gegen das Schicksal, der Kampf einer Schicht der Gesellschaft, die wenig oder nichts zu verlieren hatte.

Die entstehende Arbeiterbewegung hat ihre absolute innere Berechtigung und möge sie später auch vielfach eine rein materialistische Lohnbewegung geworden sein, so lag und liegt ihr im Unterbewußtsein doch die Erkenntnis, um ein Lebensrecht von einem grausamen Schicksal betrogen worden zu sein, eine sittliche Wertung.

Es ist ganz natürlich, daß gerade in der dumpfen gärenden Masse romantische „Weltideen“ am ehesten Wurzel faßten. Eine Erkenntnis, die nicht über den allernächsten Wirkungskreis hinausgeht, überspringt mit Leichtigkeit alle Zwischenglieder und ist bereit, an ein fernes Ziel zu glauben, möge dieses nun ein organisch erreichbares oder nur ein glänzendes Irrlicht sein. Und wie in den Hafenstädten der Welt den berauschten Matrosen flitternde Zimmer der Freudenhäuser als Königsburgen erscheinen und ein Traum ihn als Herren zeigt über Kaiserreiche, so entsteht vor den Augen eines suchenden Millionenheeres von Arbeitern der Gedanke des internationalen Kommunismus. Eine Masse, die den Wert der Persönlichkeit nicht ahnen konnte, ließ sich mit dem „Ideal“ einer entpersönlichten Welt beschenken. Und ahnte nicht, daß dies ein glitzerndes, leeres Phantom war. Die heutige Zeit, da man glaubte, nach ihm greifen zu können, bedeutet die Stunde bitterster Ernüchterung und Verzweiflung. Diese Stunde entscheidet darüber, ob diese Verzweiflung eine Welt in Trümmer schlägt, oder ob aus dem Tollhaus des Marxismus sich doch noch ein Weg finden ließe in die Freiheit.

Der Sozialismus war anfangs eine romantische Idee, die Arbeiterbewegung ein sozialer Machtkampf. Durch den Juden Karl Marx wurde dieser natürliche Protest gegen eine ganze Welt nicht weltanschaulich begründet und gestärkt, sondern, im Gegenteil, die Triebe des weltaussaugenden Kapitalismus und die materialistische Weltanschauung wurden — wenn auch unter Bordellampelbeleuchtung — als natürlich anerkannt. Seit Marx und Lasalle wurde aus der Arbeiterbewegung ein Kampf der hungrigen Kapitalisten gegen die reichen, die „Expropriation der Expropriateure“, wie sich das jüdische Schlagwort ausdrückte. Seit 70 Jahren spielt sich also dieser Kampf auf dem Boden *derselben* kapitalistisch-manchesterlichen Weltanschauung ab und hierin sind die ersten Voraussetzungen für die heutige Tatsache zu erblicken, daß die „Arbeiterführer“ genau dieselbe Politik, genau dieselbe Lebensanschauung vertreten wie die Leiter der Plutokratien. Selbstverständlich war der Kampf um ein menschenwürdiges Dasein berechtigt, aber die weltgeschichtliche Gelegenheit, aus der Not ein neues Ideal zu gebären, wurde verpaßt. Aus der sozialen Arbeiterbewegung wurde der kapitalistische Marxismus, aus einem Befreiungskampf ein neues Instrument der Hochfinanz. Das ist die heute für jeden Nichtblinden offenkundige Tatsache. Die jetzige Not wird uns lehren, das Verbrechen wettzumachen, welches an der deutschen Arbeiterschaft — und nicht nur an ihr — begangen worden ist.

Der Aufmarsch vor 1914.

Über die Frage der Kriegsschuld ist schon viel Tinte geflossen. Unsere Feinde haben uns in gemeinster Weise verleumdet, deutscherseits liegen jetzt auch eine erkleckliche Anzahl von Verteidigungs- und Anklageschriften vor. Die einen geben der russischen Diplomatie die Hauptschuld, die andern sind geneigt, in Frankreich die Ursache der ungeheuren Katastrophe zu sehen. Nun ist ja eines

klar: daß Deutschlands Gegner unter dem Zeichen bestimmter, ihren nationalen Bedürfnissen scheinbar notwendigen Kriegsziele vorwärtsgepeitscht wurden: das panslawistische Rußland starrte wie hypnotisiert nach dem Bosporus; dem Engländer galt die Vernichtung der deutschen Kriegs- und Handelsflotte und die Zerstörung der deutschen Kolonialmacht als ein gottgefälliges Werk; der Franzose wiederum ließ sich von der Revanchеidee berauschen und strebte zum Rhein. . . . In der Kennzeichnung dieser nationalen Machttriebe sind sich die meisten Schriftsteller einig, aber niemand fragt sich, ob diese nicht auch im Dienste einer oder mehrerer anderen, über sie hinausgehenden Weltpolitik gestanden haben. Und sie dürfen diese Frage nicht aufwerfen, denn diese Weltpolitik herrschte und herrscht nicht nur in den „großen Demokratien des Westens", sondern genau so über Deutschland. Die internationale, national-jüdische Börse ist ein unantastbares Heiligtum, deren Macht jeder politische Schriftsteller kennt, vor der jedoch die allermeisten feige die Augen schließen, weil sie alle irgendwie — geschäftlich, politisch, gesellschaftlich — von den Herren der Börsen und Großbanken abhängig sind. Deshalb kann man zwar gegen „Frankreich", „England", „Rußland" schreiben, darf aber kein Wort über die Weltbankiers verlieren, welche den größten aller Kriege finanziert haben und heute als Nutznießer dieses Verbrechens sich alle Staaten tributpflichtig gemacht haben.

Denn die erste Einsicht in heutige weltpolitische Vorgänge ist: daß kein einziges Volk diesen Krieg gewonnen, sondern daß sie ihn alle verloren haben. Mit Ausnahme des in den Zentralen der Staaten hockenden Juden. Ungeachtet das „englische" Ziel erreicht ist und Deutschlands Flotten und Kolonien vernichtet sind, ist England, früher Gläubiger, heute zum Schuldner der Vereinigten Staaten geworden.

Am 8. Februar 1923 stellte das Reuter-Büro fest: Der Bericht der amerikanischen Schuldenkommission ist, wie bereits gemeldet, von Harding dem Kongreß unterbreitet worden. Er setzt die Hauptsumme der zu fundierenden britischen Schuld mit 4 074 818 000 Dollar an. Die bis zum 15. Dez. 1922 aufgelaufenen, noch nicht bezahlten Zinsen betragen bei einem Zinssatz von 4¼% 629 836 000 Dollar. Hiervon sind abzuziehen die von Großbritannien geleisteten Zahlungen in der Höhe von 100 526 000 Dollar. In seiner Adresse an den Kongreß hat Harding die Entscheidung der Schuldenkommission gebilligt und erklärt, das Abkommen stelle den ersten großen Schritt in der Richtung auf eine Regelung der durch den Weltkrieg erwachsenen internationalen Verpflichtungen dar. Harding sprach der britischen Schuldenfundierungskommission seine Anerkennung aus, die, während sich vielfach der Ruf nach Streichung der Weltkriegsschulden erhebe, von der man irrigerweise die Förderung des Friedens erwarte, nach Amerika gekommen sei, um die Gültigkeit der britischen Verpflichtungen anzuerkennen.

Trotzdem Frankreichs Truppen am Rheine stehen, steckt es bis über die Ohren in Außen- und Innenschulden. . . . Die Staaten müssen für die gütig von den Weltbanken gewährten Anleihen Zinsen zahlen; um dies zu tun, müssen die Völker mit immer neuen Steuern belegt werden. Nach dem Siege haben die „Sieger" und die Besiegten 5—10mal mehr zu blechen als vor dem Kriege.

Die zweite Einsicht ist: daß die Nutznießer von heute die Organisatoren des Krieges (und der Revolution) gewesen sind. Man empfindet es heute schon

als selbstverständlich, daß internationale Bankiers, die in Rom oder New-York zusammenzukommen geruhen, darüber beschließen, ob ein Staat für würdig einer Anleihe erachtet wird, ob er Getreide erhalten soll oder nicht, daß also Börsenpiraten über das Schicksal von Hundertmillionenvölker bestimmen. Der verflossene Außenminister Deutschlands, Dr. v. Rosenberg, erklärte einmal ganz naiv im Reichstag, das Wichtigste, was man tun könne, sei sich das Vertrauen der Weltfinanz zu erringen, sonst sei alles verloren, und der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth (der „auf seiten des Proletariats" stehen wollte) pries uns in einer Rede zu Stuttgart den New-Yorker Bankjuden Otto Hermann Kahn als Helfer an, einen der übelsten Deutschenhetzer, Ritter der französischen Ehrenlegion, welcher 1915 in der Carnegie Hall erklärt hatte, er schäme sich eines jeden Tropfen deutschen Blutes, das in seinen Adern rolle. ...

Diese heute fast absolute Herrschaft des Geldes war, wie ausgeführt, schon lange vor dem Kriege Trumpf. Die Parlamentswahlen in den westlichen Demokratien wurden von den Großbanken bezahlt, die Presse wurde in ihnen genehmem Sinne geleitet und hinter den sich bekämpfenden Soldaten der verschiedenen Parteien bildeten ihre Führer letzten Endes doch nur das Offizierskorps der jüdischen Börsenkriegführung selbst da, wo die nationalen Interessen der verschiedenen Völker scheinbar mitgefördert wurden.

In Frankreich, England und Amerika lagen die Dinge klar und eindeutig. Ein schwieriges Problem in der Einkreisung der noch gesunden Teile Europas stellten aber Deutschland und Rußland dar. Dauerte die traditionell freundschaftliche Politik zwischen Berlin und Petersburg weiter an, so waren diese Mächte seitens der Entente unangreifbar. Es mußten also Mittel und Wege gefunden werden, um die Staaten zu entzweien. Hierzu gab die Eitelkeit Wilhelm II. und die Unfähigkeit seiner Kanzler eine gute Gelegenheit und die gesamte jüdische (freisinnige und marxistische) Presse tat durch ihr Geschimpfe auf den Zarismus das ihrige, um Mißstimmungen zu verstärken, oder sie hervorzurufen. Hierzu kam das Unternehmen der Deutschen Bank mit der Bagdadbahn, welches von der feindlichen Presse und Diplomatie sehr geschickt dahin erläutert wurde, daß die für jeden Russen ersehnte Eroberung Konstantinopels nur auf dem Umwege über Berlin möglich sei. Bismarck hatte erklärt, die Deutsche Bank möge ihre Geschäfte in Kleinasien machen, die Politik des Reiches stehe ihr nicht zur Verfügung. Später aber wurde das Geschäft der Deutschen Bank ausschlaggebend, Deutschlands Politik wurde von ihr ins Schlepptau genommen und Weltreisende verkündeten uns die unbedingte Notwendigkeit der Erschließung Kleinasiens und Mesopotamiens. Anstatt den ewigen Zwist zwischen England und Rußland am Bosporus für sich auszunutzen, machte sich Deutschland beide Parteien zu Feinden.

Diese Tatsache brachte auch das nationale Russentum in einen spürbaren Gegensatz zu Deutschland, da dieses die Hagia Sophia als russisch-kirchliches Heiligtum in Anspruch nahm, andererseits aber auch die wirtschaftliche Notwendigkeit für Rußland betonte, einen freien Ausgang ins Mittelmeer zu besitzen. Die übrigen Teile der russischen Intelligenz waren sowohl zaren- wie deutschfeindlich eingestellt und schworen entweder auf den alleinseligmachenden Parlamentarismus (die Kadetten mit den Juden Herzenstein und Winawer an der Spitze) oder waren revolutionäre Marxisten, welche zwar vielfach in Deutschland studiert hatten, aber doch erklärte Feinde des „deutschen Militarismus" waren.

So waren viele Möglichkeiten gegeben, um Deutschland und Rußland zu verfeinden, die freimaurerischen Bindungen zwischen russischen Ministern (Iswolsky, Miljukow) und französischen Politikern (Delcassé, Poincaré) vervollkommneten dieses weltpolitische Spiel, welchem Wilhelm II. und Nikolaus II. in keiner Weise gewachsen waren.

Daß das antisemitische Rußland im Kampf aber ebensowenig siegen durfte wie Deutschland, war selbstverständlich, es mußte sich bloß darum handeln, den Verblutungsprozeß zwischen beiden Völkern zu fördern. Der Weltkrieg hatte derartige Ausmaße angenommen, daß die russische Industrie außerstande war, den Bedarf des gewaltigen Heeres zu befriedigen. Rußland war auf seine „Bundesgenossen" angewiesen, das Riesenreich geriet unter Vormundschaft und nichts gelangte über die finnische Grenze, Archangelsk oder Wladiwostok ins Land ohne den Stempel eines Bevollmächtigten der Entente. Nun kam die meiste Kriegsausrüstung aber aus Amerika. An der Spitze sämtlicher Kriegsindustrien der Vereinigten Staaten stand der Jude Bernard Baruch. Das von den englischen Juden Anfang 1918 herausgegebene Werk „The jews among the Entente Leaders" sagt über das von ihm geleitete Büro: „Dies Büro ist nicht nur eine Agentur für die Produktion, sondern ist auch Vermittler der (also aller!) Käufe der Alliierten und es kontrolliert wirkungsvoll die Versorgung der Welt mit den wichtigsten Materialen. Herr Baruch hat tatsächlich vollkommenes (!) Bestimmungsrecht über alle (!) Industrien der Vereinigten Staaten erhalten." Neben Baruch wirkte aber Jacob Schiff, nach dessen Tode (1920) jüdische Zeitungen triumphierend verkündeten, er hätte den Krieg Japans gegen das antisemitische Rußland und die Frühjahrsrevolution 1917 finanziert. An Wilsons Ohr aber saß der Zionist und Oberrichter Brandeis in Washington als nächster Ratgeber...

In England trat nach Kitcheners Tode der Jude Montague an dessen Stelle als Munitionsminister, während der Jude R. Nathan Chef des Geheimdienstes und der Jude F. Nathan Chef der Sprengstoffabteilung war. In Frankreich bestimmte der jüdische Finanzminister Lucien Klotz über die Verwendung französischer Gelder (in Deutschland saß Walter Rathenau in ähnlicher Stellung wie Bernard Baruch in Amerika).

Es war klar, daß infolge dieser Sachlage die Russen oft ohne Gewehre und Munition zur Attacke schreiten mußten. Die Alliierten gingen sogar so weit, vom Zaren eine direkte Einwirkung auf seine Kriegsoperationen zu fordern, was dieser aber doch ablehnte.

Diese Hintergründe heutiger Weltpolitik müssen aufgehellt werden, will man sich durch die zahlreichen Veröffentlichungen nicht irreführen lassen, in denen heute die Fragen der Kriegsschuld und des Kriegsausgangs behandelt werden.

Ziel der Weltbörse war: Vernichtung Deutschlands und Rußlands, auf dieses Ziel waren die politischen Parteien und die Presse des Westens ebenso eingestellt wie die von der jüdischen Bankenmacht beeinflußten politischen Kreise Deutschlands. Im Westen wurde der unbedingte Sieg durch Hochpeitschung aller nationaler Leidenschaft gepredigt, in Deutschland sang zwar auch die Judenpresse „Gott, Kaiser, Vaterland", aber bloß solange, als das russische Zarentum noch bestand. Kaum war dieses gestürzt und durch eine judophile, dann rein jüdische Regierung ersetzt, als verstärkt die Friedensschalmeien ge-

blasen, „Friedens"konferenzen einberufen wurden und von „Verständigung" gelogen wurde. Die Lüge von der deutschen „Schuld" am Kriege kroch mit Hilfe von schwarz-rot-gold bedruckten Flugblättern in die Schützengräben, „Friedens"resolutionen wurden als notwendig hingestellt, bis im deutschen Heer der Glaube wankte, für eine gute Sache zu kämpfen. Dann fiel der letzte Schlag: mit Hilfe verblendeter Arbeiter inszenierte die jüdische Börse die Revolution vom 9. November 1918.

Und auf der Konferenz von Versailles waren die Finanzsachverständigen die jüdischen Großbankiers: Warburg, Salomonsohn, Melchior, Wassermann und eine Unzahl anderer Hebräer.

Der Jude Walter Rathenau, Gründer der berüchtigten Kriegsgesellschaften, Milliardär, ein Großkapitalist reinsten Wassers, wurde der eigentliche Leiter des „neuen Freistaates", Heiliger auch der gesamten „Arbeiter"presse. Die Börse hatte gesiegt. Noch nicht ganz zwar. Das weitere besorgte der bolschewistische Ausrottungsfeldzug in Rußland, die Erfüllungspolitik in Deutschland. Der letzte Schlag wird soeben diplomatisch eingeleitet, der zu einem neuen Zusammenstoß führen wird. Das deutsche Problem ist: bis dahin eine d e u t s c h e Regierung zu besitzen.

Das Zusammenspiel bis 1918.

Es ist notwendig, nach Überblicken des ganzen geschichtlichen Ablaufs, diesen nun durch einige Stichproben zu illustrieren. Das treibende Motiv des einzelnen demokratischen und marxistischen Politikers und Schriftstellers kann nicht immer klar erkannt werden. So mancher ist ehrlich von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugt gewesen, wenn auch meist nur solche Leute an wichtige Posten gelangen, die sonst — ohne Rückhalt an der Partei — ins Nichts zurückgesunken wären oder direkt skrupellose politische Intriganten.

Auf seiten der Entente wurde — wie gesagt — mit Aufpeitschung aller nationaler Leidenschaft gearbeitet und der Marxismus schloß sich den Regierungen der Plutokratien des Westens rückhaltlos an. Der französische Marxist Albert Thomas wurde Munitionsminister; der amerikanische Arbeiterführer Samuel Gompers (Jude) bereiste alle Länder, um das „Freundschaftsbündnis" zwischen den Ententestaaten zu festigen; der belgische Sozialist Vandervelde wurde Minister im Kriegskabinett König Alberts mit der Parole Sieg oder Niederlage.

Die Börse und der Marxismus in Deutschland stellten zwar patriotische Sänger gegen Rußland auf (Eisner-Kosmanowsky war damals ein richtiggehender Kriegshetzer), vor den jüdisch-westlichen Geldsackdemokratien schwärmte man in höchster Verzückung. Am 13. Juli 1917 schrieb der „Vorwärts":

> „Das deutsche Volk braucht, um aufrecht aus diesem Krieg in den Frieden hinüberzugehen, eine Volksvertretung, die seiner würdig ist, ein Parlament, das neben den anderen Parlamenten der Welt gleichwertig (!!) und gleichberechtigt dasteht."

Diese Sehnsucht nach dem Sieg der westlichen Korruption drückte der Jude Friedrich Stampfer als geistiger Leiter des marxistischen Zentralblatts also aus:

> „Nie (!) kann es uns darauf ankommen, deutsche Gegenstücke zu den Thomas und Vandervelde zu schaffen, die vom Frieden nichts hören wollen,

solange Elsaß-Lothringen nicht französisch ist. Deutsche sozialistische Minister, deren Kriegsziel sich nicht auf die reine Verteidigung ohne Klausel und ohne Phrase beschränkt, wären vom ersten (!!) Tage als moralisch und politisch unmöglich."

Für solche Worte wäre ein französischer Marxist vermutlich ins Zuchthaus gewandert, die deutsche Regierung aber berief die Genossen des Herrn Stampfer später als Minister der „Verständigung" in die Regierung. Während die Entente alle innerpolitischen Streitigkeiten niederschlug, ließ man sich in der Wilhelmsstraße durch die jüdische Börsen- und Marxistenpresse einschüchtern, welche außerpolitische Schwierigkeiten ausnutzte, um innerpolitische Erpressungen vorzunehmen. Der „Vorwärts" flötete am 10. Juli 1917:

„Die Entwicklung steuert zur Bildung einer parlamentarischen Regierung der nationalen Verteidigung. Sie wird uns den Frieden bringen, den wir brauchen, um als freies Volk unter freien Völkern leben zu können."

Kurze Zeit darauf sah man einige dieser Steuermänner an der Arbeit: an der Friedensresolution vom 19. Juli 1917. Philipp Scheidemann sprach pathetisch: „Meine Herren! Stellen Sie sich vor, eine solche Resolution, wie wir sie beschließen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und von dem dortigen Kanzler ebenso beantwortet, wie sie heute hier beantwortet ist — morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen." In England wurden keine Munitionsstreiks vorbereitet, sondern zum Vernichtungskriege gerufen. Die Erzberger-Scheidemannschen Friedensresolutionen paßten den Herren ausgezeichnet in ihr Konzept, besonders, wo derselbe Scheidemann in gleichem Atemzug mit obigen Worten noch verkündete: „Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebensowenig zu Ende bringen können wie unsere Gegner das vermögen."

Das Leiborgan der bayerischen Marxisten, die „Münchner Post", erklärte resolut (19. Juli 1917):

„Jetzt gibt es nur noch eine Politik, und das ist nicht die Politik der Maske, sondern die des wahren Gesichts. Die erste war die Politik des Krieges, die zweite ist und kann nur sein die Politik des Friedens. Indem wir unseren Wunsch, das Völkergemetzel unter Wahrung unseres Rechts und unserer Ehre zu beenden, so laut wie möglich ausdrücken, müssen wir gleichgerichtete Strömungen unter den anderen Völkern wecken und stärken, bis sie sich mit der unseren zu einem einzigen Strom der großen Völkerfriedenssehnsucht vereinigen. Auch die anderen tragen Masken! Indem wir die eigene ablegen, wollen wir die andern zwingen (!!!), auch die ihre zu lüften. Und dann wird sich herausstellen, daß es auf diesem Erdball nur sehr wenige gibt, die zur Befriedigung ihres Ehrgeizes, ihrer Rachsucht, ihres Triebes zur Bereicherung eine Fortsetzung des Krieges wünschen, während Hunderte von Millionen keinen anderen Gedanken mehr kennen, als den an ein Ende all dieser Schrecken. Wenn die Masken fallen, endet auch der Krieg."

Es hat vielleicht nur wenige wie die Genannten gegeben, diese aber beherrschten die Weltpolitik, was die „Münchner Post" verschwieg, zugleich aber wieder einen Tropfen jenes Giftes verspritzte, welches den Glauben erweckte, als könne man durch Selbstentmannung auch seine Todfeinde entwaffnen.

Die „Arbeit" ging weiter. An Stelle einer Geschichte mögen hier die Daten aus dem „Deutschen Revolutionsalmanach 1919" stehen, welcher Beiträge von Scheidemann, Kautsky, Haase, Jacobsohn, Wolffenstein, Großmann usw. enthält.

1914. 2. Dezember: ... Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Reichstage ...

1916. 27. Januar: Erstes Erscheinen der Spartakusbriefe. 1. Mai Karl Liebknecht sucht zur Front gehende Soldaten auf dem Potsdamer Bahnhof an der Abreise zu verhindern. Rede auf dem Potsdamer Platz... Mai bis Juni: „Hungerdemonstrationen" in verschiedenen Städten Deutschlands. (Beachte die Anführungsstriche bei dem Wort: „Hungerdemonstrationen"!) Juni—Juli: Verbreitung von revolutionären Flugblättern in Deutschland und an den Fronten... Sommer: Zum Streik auffordernde Flugblätter werden in größeren Städten Deutschlands verbreitet. 28.—30. Juni: Massenstreiks in Berliner und Braunschweiger Munitionsbetrieben. 20. September: Die erste Nummer der geheim verbreiteten Zeitschrift „Spartakus" erscheint. (Bedenke: 1916!) 21. Oktober: Friedrich Adler erschießt den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh in Wien...

1917: 16.—17. April: Große Streiks in den Kriegsindustriezentren... Dazu Auftreten von gedrucktem Agitationsmaterial aus dem Auslande... (!!) Sommer: Revolutionäre Agitation in der Marine. Gehorsamsverweigerungen auf den Schiffen der Nordseestation. November: Beginn der russisch-bolschewistischen Agitation an der Ostfront und im Innern Deutschlands (!).

1918. Januar: Verstärkte revolutionäre Ententepropaganda im Innern und an der Westfront durch Flugblattschmuggel (!) und Fliegerabwürfe... 28. Januar: Erste politische Massenstreiks in Deutschland; Arbeiterräte treten hier zum erstenmal in öffentliche Erscheinung (!)... 7. Oktober: Reichskonferenz der Spartakusgruppe in Gotha. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wird für sofort an allen Orten beschlossen, wo solche noch nicht vorhanden (!) ... Militäragitation. 21. Oktober: Beginn der Waffenkäufe im Kreise der Unabhängigen (Selbstladepistolen und Munition) mittels russischer Gelder (!)... 6. November: ... Übergabe von vier Millionen Rubel durch den russischen Botschafter Joffe an den Unabhängigen Oskar Cohn für die Zwecke der deutschen Revolution ... (!).

So wurde der Dolch geschliffen, der am 9. November 1918 dem kämpfenden deutschen Volk in den Rücken fuhr. Noch einige Worte der Novemberführer sollen hier vermerkt werden:

„Ich bekenne ganz offen, daß ein voller Sieg des Reiches den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen würde." (Ströbel, „Vorwärts"-Redakteur und Abgeordneter im preußischen Abgeordnetenhaus am 23. Februar 1915.)

„Wir haben schon von Beginn des Krieges, vom Anfang des Jahres 1915 an, systematisch für die Revolutionierung der Flotte gearbeitet." (Der Jude Haase, Vorsitzender des Seemannsbundes am 30. August 1919.)

„Tatsächlich hat eine ganze Anzahl meiner Freunde, die jetzt im Vollzugsrate sitzen, schon seit 1916 die Revolution vorbereitet. Wir haben auch die Front bearbeitet." (Ledebour, am 17. Dezember 1918 in der Reichskonferenz der Räte.)

„Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im Jahre 1916 getroffen worden sind.“ (Richard Müller, auf dem 2. Rätekongreß am 16. Dezember 1918.)

„In der Zeit, in der Österreich und Deutschland im Kriege gegen die Entente standen, war es Pflicht der Sozialdemokratie, Ententisten zu sein und Illusionen gegenüber der Entente zu wecken.“ (Jude Dr. Otto Bauer, auf dem Wiener internationalen Sozialistenkongreß im März 1921.)

„Die deutsche Revolution ist gemacht worden von der Furcht vor der Front... Die Massen, die sich in den Novembertagen gegen das alte Regime erhoben, trieb keine wirtschaftliche oder politische Idee...“ („Vorwärts“, am 8. Januar 1920.)

„Bis zu einem bestimmten Tage war Deutschland die größte und stärkste Militärmacht des Weltkrieges: Ein Augenblick hat den Koloß zu Boden gestreckt: aber die tödliche Wunde kam nicht von außen, sie kam aus dem Innern...“ („Arbeiterzeitung“, Hauptblatt der Sozialdemokraten Österreichs, 26. März 1919.)

Deshalb konnte der „bayerische“ Marxist Wendelin Thomas später triumphierend ausrufen: „Der Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres war der glücklichste Dolchstoß des revolutionären Proletariats.“

Zu offenem Hochverrat verstieg sich der „Vorwärts“ am 20. Oktober 1918, der an diesem Tage ein Wort schrieb, das zwar schon bekannt ist, welches aber nie genug wiederholt werden kann, welches unsere Kind- und Kindeskinder noch auswendig lernen müssen, wollen sie verstehen, aus welchem Geist heraus die Novemberrepublik geboren wurde. Das Zentralorgan der Partei Friedrich Eberts schrieb: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer (!) streichen, ohne sie das letztemal siegreich heimgebracht zu haben.“

Eine der niederträchtigsten Fälschungen der alljüdischen Presse war das Zusammennennen von deutschem Nationalismus und kapitalistischem Chauvinismus. Durch diesen Trick war es der jüdischen Börse mit Hilfe ihrer marxistischen Helfershelfer gelungen, eine Gedankenverbindung zu schaffen, die ihre Tätigkeit als Hyänen des Schlachtfeldes ganz im Dunkeln ließ. Über diese Fälschung befinden sich unsere Volksgenossen noch vielfach im Unklaren, der völkischen — namentlich aber der nationalsozialistischen — Bewegung gebührt das Verdienst, über das Zusammenarbeiten zwischen der jüdischen Plutokratie und der marxistischen Führerschaft Aufklärung geschafft zu haben. 1919 erschien ein Buch eines der Hauptaktionäre der Novemberrepublik, welches offen alle vorbereitenden Maßnahmen und etliche Führer näher schilderte; es ist dies „Aus der Werkstatt der deutschen Revolution“ von Emil Barth. Da es auf Druck der demaskierten Novemberherrschaften heute aus dem Buchhandel so gut wie verschwunden ist, werde ich es öfter zitieren, da es schließlich von einem der Zentralorganisatoren der direkten Aktion stammt, welcher als einer der sechs ersten „Volksbeauftragten“ die neue Regierung der Republik voll Schönheit und Würde bildete.

Gelegentlich ergeht sich Herr Barth, ein beschränkter, aber fanatischer Kopf, in Hyperbeln, wenn er über den weltbefreienden Sozialismus spricht, aber es bricht doch die eingetrichterte „Weltanschauung“ durch, welche zum Leitmotiv der ganzen Novemberrepublik wurde: „Wollen wir den Sozialismus — sagt Barth —, die Expropriation der Expropriateure,

dann usw.". Das ist die Weltanschauung des neidischen, hungrigen Kapitalisten dem satten, reichen gegenüber, also erst recht der Geist des „alten Systems"! Und in seiner Antrittsrede an die revolutionären Obmänner bekannte Barth: „Nur wenn Sie klar erkennen, daß Sie alle Brücken hinter sich abzubrechen haben, daß sie jedwedes patriotische Gefühl nicht nur aus dem Herzen zu reißen, sondern auch mit Ihrem Hasse zu verfolgen haben..."

Die „Frankf. Ztg." aber, welche — als das Blättchen sich später zu drehen begann — in „nationaler Einheitsfront" machte, sie wieherte am 16. November 1918 nach vollendeter Tat: „Der nationale Gedanke hat bei dieser Bewegung (der deutschen Revolution) bewußt (!!) nicht mitgewirkt." Und am 12. Dezember 1918 fügte sie freudetrunken hinzu: „Wir werden den preußischen Staat, der war, nicht zurückrufen. Die Mächte, die ihn von innen heraus aushöhlten, haben gründliche und, nach allem Ermessen, dauerhafte Arbeit (!) geleistet." Mit diesen Worten des führenden Blattes der marxistisch-plutokratischen Novemberrepublik mußte die noch immer aufgerührte Legende der Verteidigung der Novemberhelden, als sei die Revolution die Folge des militärischen Zusammenbruchs und nicht umgekehrt dieser die Wirkung der von Bethmann zugelassenen pazifistisch-verräterischen Unterhöhlungsarbeit gewesen, ein für allemal erledigt. Zur weiteren Klärung möge hier nur ein' Bericht über die Rede des Fälscherkönigs Eisner-Kosmanowsky stehen, den das alljüdische Blatt, aus triumphierender Eitelkeit sicher, brachte: „Eisner betonte, die jenseits der Grenzen verbreitete Vorstellung, als sei die deutsche Revolution lediglich eine Frage des militärischen Zusammenbruchs gewesen, ... sei falsch. In keinem Lande ist so gegen den Krieg gearbeitet worden, wie in Deutschland. Die revolutionäre Strömung, die dem Krieg ein Ziel setzen sollte, war längst vorhanden und hatte in wachsendem Maße die Arbeiterschaft, wie auch die Kreise der Intellektuellen ergriffen." (Frankf. Ztg. v. 23. November 1918.)

Dieses Triumphgeschrei bestätigt Emil Barths Werk Wort für Wort. Zuerst eine Geheimorganisation, Wahl „vertrauenswürdiger" Obleute, mündliche und Flugblattpropaganda, Bildung von Stoßtrupps, Waffenaufkauf und Verteilung, Streiks, Demonstrationen und dann — offene Revolte, das war es, was in der Werkstatt der Revolution vorbereitet wurde. Und was versprach Herr Barth seinen Anhängern? Nun dasselbe, was seine jüdischen Lehrer seinem kleinen Gehirn eingegeben hatten! Er sagte in der bereits zitierten Rede (am 2. November 1918): „Wir sind Friedensbringer! Und Friedensbringer zu sein ist unsere erste und heiligste Pflicht, weil wir durch nichts eine gleich gewaltige moralische Eroberung für den Sozialismus zu machen vermögen, weil wir hierdurch die Sympathie der Ententevölker im Sturme erobern, und weil die Ententeregierungen keine Repressalien gegen die Friedensbringer verhängen können aus Furcht vor innerpolitischen Widerständen. Seien Sie sich klar, daß beides für uns Notwendigkeiten sind: Die Sympathie der Ententevölker ist für uns Brot, aber die freundschaftliche Haltung der Ententeregierungen ist uns Licht und Luft."

Eine Woche später kam das Diktat im Walde von Compiègne, welches der — wie Barth sagt — „meist fröhlich glänzende" Erzberger entgegennahm. Barth trat — von Erzberger kräftig unterstützt — für bedingungslose

Annahme dieser „freundschaftlichen Haltung" des Marschalls Foch ein in der Hoffnung auf die kommende „Sympathie der Ententevölker". Diese kennen wir jetzt zur Genüge. Sie äußerte sich in dem Bekenntnis der französischen Solidaritätsbrüder, das Versailler Friedensabkommen sei viel zu milde und in ihrer späteren Zustimmung zum Einbruch Poincarés ins Ruhrgebiet. Der belgische Marxist Vandervelde erklärte später, er könne nichts für Versailles, daran seien die Deutschen schuld, die es unterschrieben hätten, er habe nur das Interesse seines Landes zu vertreten gehabt. Für Selbstbeschmutzung à la Barth hatte man im Auslande kein Verständnis.

Das Hauptargument, auf welches sich die späteren Novemberlinge „stützten", war die gemeine Lüge von der Schuld Deutschlands, bzw. der Regierung Kaiser Wilhelms am Kriege. Wunderbar spielten die Marxisten, Demokraten und anderen Pazifisten — immer unter freundlicher Assistenz des Zentrums — der feindlichen Propaganda in die Finger, welche ähnliche, ins Ausland kommende „Eingeständnisse" selbstverständlich millionenfach verbreitete. Das „Unrecht an Belgien" Bethmanns, die marxistisch-jüdischen Flugblätter, die Schriften der Lichnowsky („Meine Londoner Mission"), Grellings (J'accuse), Mühlons („Weil ich ein Deutscher bin") usw. wurden mit Freuden entgegengenommen und den deutschen Soldaten mit Kommentaren in die Schützengräben geworfen.

Als dann die Überrumpelung des Deutschen Volkes geglückt war, ergriff der erste Ministerpräsident Bayerns der neuen Ära — Salomon Eisner-Kosmanowsky — das Wort zu folgender „freimütiger" (Frankf. Ztg.) Erklärung: „Ich habe die Geheimakten über den Ursprung des Krieges veröffentlicht, nicht um die Entente aufzuklären, die kennt alle diese Dinge längst, aber das deutsche Volk muß endlich wissen, wem es die 4½ Jahre verdankt. Ich kann konstatieren, daß in diesen Wochen Bayern an Ansehen im Ausland gewonnen hat. Gestern habe ich einen Funkspruch der Agence Havas erhalten, aus dem zu erkennen ist, daß meine Veröffentlichungen im gewünschten Sinne (‚Verständigung mit der Entente') gewirkt haben."

Das ist der größte Betrug gewesen, der jemals dem Deutschen Volk angetan worden ist. Eisners „Veröffentlichungen" wurden mit Riesenlettern in der ganzen Weltpresse veröffentlicht mit der Erläuterung, nun ein deutscher Ministerpräsident an der Hand der Akten selbst die Schuld Deutschlands eingestehe, sei die ganze Debatte endgültig abgeschlossen. Die Deutschen in aller Welt und zu Hause selbst wurden wankend, den deutschfreundlichen Neutralen aber wurde der Mund dank den Eisner und Konsorten ebenfalls geschlossen. Daß ein Ministerpräsident Akten fälschen könnte, wollte niemand annehmen. Mittlerweile ist dies dokumentarisch und gerichtsnotorisch festgestellt worden. (Vgl. die Bayer. Dokumente, herausgegeben von Pius Dirr, aus denen durch Nebeneinanderstellen der echten Texte und Eisners „Änderungen" alles nur zu deutlich hervorgeht.)

Die Entente aber zog aus dem schmählichen und lügenhaften Schuldbekenntnis für sich und ihre Völker die Folgerung, daß nun Deutschland erst recht bestraft werden müsse, und daß diese Strafe sittlich in jeder Beziehung gerechtfertigt sei. Eisners „Enthüllungen" wurden der deutschen Abordnung in Versailles (wie Frhr. v. Lersner bestätigte) tagtäglich ins Gesicht geschrien und die durch sie mitgeschaffene Weltstimmung wirkte mit zum Einbruch ins Ruhrgebiet, zur Ergreifung von „Sanktionen", zur brutalen Vergewaltigung des Deutschen Volkes im Namen der „Gerechtigkeit".

Der „Frankf. Ztg.“, die angesichts der in den letzten Jahren nun durch Hunderte von Forschungen nicht mehr von der deutschen „Schuld“ sprechen kann (sie sagt heute, Deutschland sei „nicht allein schuld“), sei ein Wort unvergessen. Sie schrieb am 7. Dezember 1918: „Die deutsche Revolution hat von dem alten Regime die furchtbare Aufgabe übernommen, dessen Verbrechen (!!) und ihre Folgen zu liquidieren.“

Am 16. November 1918 erließ Eisner-Kosmanowsky in der „Münchner Post“ folgenden Aufruf:

„Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an die Weltdemokratie blieb nicht unerhört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist der Patrioten (!!), der die französische Republik leitete, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheißt dem besiegten Feind, durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, daß es uns auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir haben heute die Zuversicht, daß dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, daß der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörung sich bilden müsse.“

Dann neue Versprechungen:

„Ferner scheint es unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltdemokratien sich gebildet hat, durch den entscheidenden Einfluß der in neuer Macht auferstandenen proletarischen Internationale, in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann.“

Die gefeierten Patrioten waren Poincaré, Clémenceau, Foch. Diese Vertreter der jüdischen Börse, des schrankenlosen Militarismus und Privatkapitalismus, sollten die Sozialisierung zulassen! Bis jetzt haben die Betrüger vermocht, die deutsche Arbeiterschaft in diesem Glauben zu erhalten!!!

Mit der Verleugnung des Volkstums begann die Revolte gegen das Deutsche Reich, mit Selbstbeschmutzung und dem Bündnis mit dem zersetzenden Hebräertum wurde sie vertieft, unter Hilfe heute offenkundiger Lügen und Fälschungen wurde sie in Szene gesetzt, durch Erniedrigungen unerhörtester Art fristet die Novemberrepublik — knechtisch nach außen, brutal nach innen — ihr Dasein. Mit dem Erwachen zum völkischen Ehrgefühl und mit der Erkenntnis vom Verrat wird sie einst dahinsinken, dahinsinken ins traurige Dunkel, dem sie entstiegen. . . .

Die Erfüllungspolitik.

Als der Versailler „Vertrag“ Deutschland vorgelegt wurde, waren sich die marxistischen Genossen über sein Wesen nicht im unklaren. Scheidemanns Wort von der Hand, die verdorren solle, ist bekannt, Ebert erklärte im Namen der Regierung, wir wären ehrlos, wenn wir das Schandstück unterzeichnen würden. Das deutsche Volk sah sich also zwei Möglichkeiten gegenüber: entweder sich das moralische Rückgrat brechen zu lassen und sich zu erniedrigen,

oder aber die Entente vor die Notwendigkeit zu stellen, ganz Deutschland zu besetzen und sich bis auf jedes Stück Vieh alles selbst zu holen. Die Novemberherren entschieden sich — trotz allen Gestikulierens — für den ersten Fall. Daraus ergab sich die „ehrliche Erfüllungspolitik“, jenes traurige Nein-Sagen, das zum Schluß immer wieder mit einem kläglichen Ja und Amen endete: Spa, London, Paris, Wiesbaden, Genf, Genua, diese Namen bezeichnen einen Weg tiefster deutscher Erniedrigung, eine Politik des Weißblutens, die nie zu trennen ist von der allgemeinen Politik der Weltbörse und der Politik des Marxismus (und des Zentrums) in Deutschland, und damit auch nicht vom Elend des Deutschen Volkes.

Es kann hier das ganze Problem nicht aufgerollt werden. Hält man sich vor Augen, daß das Ziel unserer Feinde die Vernichtung unserer nationalen Widerstandskraft und die Zinsbarmachung unseres Volkes ist, so genügen wenige Stichproben, um das Wesen der Dinge zu kennzeichnen.

Im Pariser Ultimatum vom März 1922 hieß es u. a. über den Reichshaushalt: „In dieser Hinsicht fordert die Reparationskommission die deutsche Regierung auf, die Möglichkeit zu prüfen, ein System anzunehmen, nach welchem die Steuersätze sich automatisch nach der künftigen Vermehrung der Schuld der deutschen Regierung gegenüber der Reichsbank oder nach der Verminderung der Kaufkraft der Mark auf dem innerdeutschen Markt erhöhen würden!“ Über äußere Anleihen heißt es: „Sollte die Flüssigmachung eines Teils der Schuld Deutschlands durch solche Anleihen nicht in der vernünftigen Frist zu erlangen sein, so soll die deutsche Regierung im Zusammenwirken mit der Reparationskommission die notwendigen Maßnahmen prüfen, um eine Zahlung in Kapital durch andere Mittel, *insbesondere durch eine Abgabe auf die beweglichen und unbeweglichen* (!!) *Realwerte Deutschlands zu bewirken*“ (D. A. Z. Nr. 139 v. 23. März 1922).

Das sind Sätze, welche gewisse Endziele für jeden *Sehenden* ganz eindeutig beleuchten, über welche aber die marxistische Presse geschwiegen hat, geschwiegen hat deshalb, weil sonst der größte aller Betruge sichtbar geworden wäre. Jahr über Jahr hat nämlich diese Presse dem deutschen Arbeiter vorgelogen, es sei ganz gleichgültig, ob er vom deutschen oder englischen oder französischen Kapitalisten ausgesogen würde, deshalb sei Sieg oder Niederlage des Staates nicht wichtig, sondern wichtig bloß der Sieg der „Arbeiterinternationale“.[1]) Durch diese Darstellung ist die grundlegende Tatsache verschwiegen worden, daß im Falle einer unberechtigten Behandlung seitens Reichsdeutscher dem Arbeiter politische Parteien, ja sogar die Möglichkeit einer Revolution gegeben war, im Falle des Übergangs aber der Kohlengruben, Güter und Industrien an Amerikaner, Engländer und Franzosen dies alles

[1]) Im August 1914 schrieb der verehrte marxistische Führer Franz Mehring in der Bremer Bürgerzeitung: „... Siegt das Deutsche Reich, so sind seine besitzenden Klassen um so mächtiger und seine arbeitenden Klassen um so ohnmächtiger, dann kämen die Überlieferungen von 1813 und 1870, nur beschworen durch die deutsche Sozialdemokratie“. (Laut „Neue Ztg.“ vom 18. September 1922.) Auf dem Parteitag der M. S. P. von 1922 aber sagte Herr Sollmann: „Wir verhandeln ja nicht mit Faure und Shan, sondern mit Poincaré (den ‚Patrioten‘, wie Eisner sagte! D. V.) und die deutschen Arbeiter (!), nicht (!) die Kapitalisten bezahlen die Zeche für das, was über uns verhängt wird.“

Vor allem bezahlen aber die deutschen Arbeiter den Betrug ihrer Führer und deren schöne Posten...

fast unmöglich werden müßte, denn jede Empörung über angemaßte Rechte ausländischer Syndikate hätte automatisch mehrere außenpolitische Konflikte zur Folge. Ein Streik wäre der geschlossenen kapitalistischen Riesenmacht gegenüber lächerlich; sie würde die Werke in Deutschland schließen und der hungernde deutsche Arbeiter müßte eben klein beigeben, wenn er nicht wieder zum Mittel griff, welches ihm seine Führer durch ihre „Arbeit" von 1914—1918 aus der Hand geschlagen hatten: zur Waffe, herausgeboren aus dem Willen zur nationalen Verteidigung. Die Natur läßt sich nicht spotten und die Millionen, welche einst den Losungen des 9. November 1918 folgten, werden einst wieder vor dem Entweder-Oder stehen. Hoffentlich dann mit andern Führern als sie heute die Novemberrepublik besitzt.

Getreu der eingeschlagenen Richtung wurde das Pariser Ultimatum mit Ach und Weh angenommen und weitere „ehrliche Erfüllung" versprochen. Das Frankfurter Börsenblatt sagte (Nr. 219, 1923) voller Hohn: „Die Politik hat gesprochen (von der „Fr. Ztg." gesperrt!). Sie hat den Mahnungen der wirtschaftlichen Notwendigkeiten noch nicht gehorcht. Aber sie ist mäßiger (!) geworden. Ein Fortschritt (!!) ist zu verzeichnen, wenngleich die Richtung der Vernunft noch nicht eingeschlagen worden ist. Zieht man von den Zahlen, die nach dem Waffenstillstand, über London eine Linie nach der gestrigen Entscheidung (!!), die das Provisorium für 1922 darstellt, so ergibt sich das Bild einer absteigenden Kurve. Die Vernunft (!) gewinnt Boden, aber sie hat den Kampf noch nicht gewonnen. Wir werden zahlen. Denn durch die Versuche, den uns auferlegten Verpflichtungen (!) getreulich (!) nachzukommen, beweisen wir am besten, wie es um unsere Leistungskraft steht." Für die „nächsten Wochen" stellte die Frankfurterin eine „gewisse Schonung" in Aussicht, dann aber schloß sie: „Wenn aber eine Obstruktion (!) der deutschen Regierung und ihrer Organe festgestellt" würde, dann drohe uns die Gefahr, daß der Fehlbetrag in Devisen eingefordert werden würde. Im übrigen habe die Reparationskommission entschieden.

Das Berliner Börsenblatt unter der marxistischen Maske aber höhnte folgendermaßen: „Will man nicht den Weg gehen, der zu einer völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führt — und man kann ihn nicht gehen — dann muß das Schuldverhältnis Deutschlands zu den Alliierten sobald wie möglich zu einem normalen (!) gemacht werden, wie es in einem gesunden Geschäftsleben (!!) üblich ist, d. h. es muß ein Ende haben mit dem System der Zwangsexekutionen und der kaum (!) noch verhüllten Schuldknechtschaft." (Vorwärts Nr. 138, 1922.)

Die Zwangsexekutionen werden uns aufgelegt von jenen Parlamenten, welche derselbe alljüdische „Vorwärts" uns — wie gezeigt — als vorbildlich angepriesen hatte! Einen Widerstand lehnte also der Jude Kuttner auch 1922 für den deutschen Arbeiter ab. Daß wir durch Nachgeben in noch bösere Schuldknechtschaft kommen würden, verschwieg er. . . .

Die „Münchner Post" ihrerseits begann die Kritik einer Forderung, welche nicht mehr und nicht weniger heischte, als die Aufgabe jeder Souveränität der deutschen Regierung, mit den Worten: „Was vor allem nottut, ist ruhiges Erwägen", dann spottet sie über den „ersten Schreck" der Parteien in Berlin, um zynisch fortzufahren: „Erfüllbar ist die Kontrolle über unsere jämmerlichen Finanzverhältnisse, wenn sie in einer europäisch zulässigen Form ausgeübt wird. Deutschland ist nicht ein Orient-

staat, dessen Einnahmen- und Ausgabenrechnung auf Richtigkeit nachgeprüft werden müßte, es braucht aber bei seinen zerfahrenen Zuständen guten (!!) Rat nicht zu verachten. Finanzsachverständige der Entente werden, wenn sie über die Richtlinien unserer(!) Steuerpolitik mit den Reichsstellen gemeinsam beraten, der Finanzpolitik der französischen Bajonette wirksamer entgegentreten, als wir es uns je zutrauen könnten. Diese Art Kontrolle als Zeugnis unsrer ehrlichen Erfüllungswillens hätte für uns nichts (!) Demütigendes, sie würde die hauptsächlichste Ursache unserer Bedrängnis, das Mißtrauen Frankreichs, mit der Wurzel (!) ausmerzen und unsere politischen Beziehungen zu Frankreich klären und beruhigen." (M. P. Nr. 70, 1922.)

Etwas Niederträchtigeres hat man unserm Volk wohl kaum je zu bieten gewagt: die „Finanzsachverständigen", welche ja die Politik auch Frankreichs bestimmen, welche die französischen Armeen als ihr Druckmittel bereithalten, deren Unterschrift auf dem zu besprechenden Ultimatum draufsteht, sie sollen den — Franzosen entgegentreten! Und zu wessen Gunsten? Für ein Volk etwa, das selbst nicht willens ist, sich zu wehren? Das marxistische Organ aber, das gegen das Deutsche Reich einst zur Revolution blies, es findet in der Kontrolle ausländischer Finanzbanditen „nichts Demütigendes!" Wie „Frankreichs" Mißtrauen „mit der Wurzel" ausgerissen wurde, sahen wir z. B. am 11. Januar 1923, als das Ruhrgebiet besetzt wurde...[1])

Die Frage der absoluten Finanzherrschaft hat nun noch eine andere Seite, welche Adolf Hitler in seinen Reden immer wieder hervorgehoben hat: „beteiligt" sich nämlich das fremde Kapital an unserer Industrie, so entsendet es auch seine Vertreter in alle Werke. Diese Vertreter werden nun nichts anderes sein als Spitzel, welche jeden Versuch, jede Erfindung, die dazu angetan sein könnte, die deutsche Widerstandskraft wieder zu stärken, sofort nach London und Paris melden würden. Eine Geldzentrale unter ausländischer Kontrolle würde jede Finanzierung nationaler Belange unmöglich machen, die angestrebte „Privatisierung", d. h. Verschacherung der Reichseisenbahn an aus- und inländische Finanziers würde die letzte Lähmung bedeuten. Wer die Ereignisse gerade heute auch nur oberflächlich prüft, weiß, daß wir uns Tag für Tag mehr dem Zustande nähern, da in allen unseren Industrien, Finanzinstituten usw. außer den in Deutschland wohnenden Hebräern noch Engländer, Franzosen und Amerikaner als Angestellte oder als Mitnutznießer ihrer Börsenherren sitzen.

Zuerst griff man nach dem Golde. Die (wie der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" durch sein Organ selbst zugab) in jüdischen Händen befindliche „Frankfurter Zeitung" schrieb, nachdem sie über Geldentwertung, Anleihen usw. verschiedenes gemauschelt hatte:

„Wollen wir uns retten, so müssen wir uns fragen, ob wir diese Quelle des Übels nicht doch zu verstopfen imstande sind."

„Das einzige aber, was uns heute an Reserven dafür noch geblieben ist, ist der Goldbestand der Reichsbank.

[1]) Dieselbe Zeitung, welche 1917 vom Verständigungswillen Frankreichs unter Poincarés Präsidentschaft zu singen und zu sagen wußte, welche auf die Internationale schwor, warf am 18. April 1922 dem deutschen Arbeiter folgenden Hohn ins Gesicht: „Dieser Poincaré, an dem schlechthin nichts menschlich Versöhnendes ist, ist der Abgott für neun Zehntel aller Franzosen. Das andere Zehntel zankt sich darüber, warum er auch nicht sein Abgott sein könne."

Ihn einzusetzen, ist gewiß ein schwerer Entschluß. Aber schließlich ist auch dieser Goldbestand der Reichsbank kein Fetisch, vor dem man anbetend im Staube zu liegen hat. Er soll der Wirtschaft dienen, das ist sein Zweck. Und so erhebt sich das Problem: Ob es möglich sei, durch Einsetzung dieses Goldbestandes, etwa durch Beschaffung von Devisen gegen seine Verpfändung, der Wirtschaft in den nächsten Monaten so viel Devisen zur Verfügung zu stellen, daß das Defizit gedeckt und dadurch weiterer Entwertung der Mark ein Riegel vor-vorgeschoben werden könnte. Die Frage ist von höchstem Ernste: Man hat es in den Monaten Juni und Juli schon einmal mit beträchtlichen Devisen-abgaben aus dem Bestande der Reichskassen versucht und doch nur die Erfahrung gemacht, daß diese so abgegebenen Devisenbeträge eindruckslos in der Wirtschaft versickerten. Man dürfte deshalb diese Maßnahme auch nicht allein ergreifen, sondern müßte sie mit einer anderen kombinieren: damit nämlich, daß man gleichzeitig eine innere Goldanleihe ausgäbe und dadurch dem Kapital eine wertbeständige Anleihemöglichkeit schüfe, die ihm den jetzt so verhängnisvollen Anreiz zum Ankauf von Devisen für Anlagezwecke nähme. Auch dann blieben die zahlenmäßigen Grundlagen noch sehr genau zu untersuchen. Aber das muß allerdings schleunigst und mit höchster Bereitschaft zu mutigem Handeln geschehen. Die Untätigkeit führt uns ins Verderben, und von dessen Gipfel sind wir wenig mehr entfernt." (6. Oktober 1922, Abendblatt.)

Also, Michel, heraus mit dem Golde der Reichsbank, heraus mit deinen goldenen Ringen und Uhren, damit alles hinauswandern kann zu den Börsenjuden von Paris, London und Neuyork. Liefere ab, was dir nach dem Anleiheschwindel der Kriegszeit noch geblieben ist. Wozu brauchst du den Fetisch des Goldes, Israel versteht besser mit ihm umzugehen. Und wenn Gold und Edelsteine draußen sind, dann möge das Chaos kommen. Die großen Ratten werden das Schiff verlassen haben, ihre verblendeten Schutztruppen aber die Ausrottung des Deutschtums besorgen...

Vier Tage nach diesem Aufsatz (am 10. Oktober 1922) der Börsenzeitung folgte der „Vorwärts" mit einem Leitartikel über dasselbe Thema, der also schloß:

„Der Dollar steht fast auf 3000. Eine Milliarde Mark Gold liegt untätig in den Kassen der Reichsbank und trägt nicht zur Stützung der Währung bei. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Regierung muß die letzte Energie darauf verwenden, um den Sturz der Mark endlich aufzuhalten. Sie darf sich dabei auch nicht von dem subjektiven Urteil von Männern zurückschrecken lassen, deren Denken und Fühlen in den Verhältnissen der Vorkriegszeit befangen ist, und die mit dem Goldschatz eine nutzlose Prestigepolitik treiben."

Man wird zugeben, daß hier dem Sinne nach genau dasselbe steht wie in der „Frankfurter Zeitung". Die Herren und ihre Knechte Arm in Arm. „Ganz Israel gemeinsam!" [1])

---

[1]) In diesem Zusammenhang sei ein jüdischer Hohn der „B. Z. am Mittag" vom 18. Juni 1923 vermerkt. Einst hieß es, patriotische Pflicht sei es, sein Gold der (privaten!) Reichsbank zu übergeben. Heute höhnt das Judenblatt in folgender „Skizze":

Wieviel deutsches Gold bei Mendelssohn in Amsterdam, in Zürich oder London auf Nimmerwiedersehen von den Erfüllungspolitikern „deponiert" worden ist, ist unbekannt. Jedenfalls erkleckliche Mengen. Die Mark aber fiel weiter ins Bodenlose. Dann kam die Rentenmark, welche 3% der deutschen Substanz als Deckung nimmt. Auf ihren Sturz arbeiten natürlich dieselben Börsenkreise weiter: um sie billig aufzukaufen. Zu gleicher Zeit aber, in der diese Zeilen geschrieben werden, ist man drauf und dran, die fremde Geldherrschaft zu „legalisieren". Die bekannten „Sachverständigen" haben am 22. Januar 1924 zu Paris die Gründung einer deutschen Goldbank für notwenig erklärt. Diese Bank soll, wie das Communiqué lautet, die „Metallreserve und fremde Devisen erhalten, die sich ohne wirtschaftlichen Bedarf in den Händen deutscher Staatsangehöriger befinden. Ferner soll fremdes Kapital bei der Gründung dieser Bank mitwirken". (Münchener Neueste Nachrichten v. 23. Januar 1924.)

Das ist deutlich: was dem Michel noch an Uhrketten und Tafelsilber geblieben ist, soll — natürlich zum „Staatswohl" — in die neue Bank. Dazu fremdes Geld der Börsenherren und die Zinsherrschaft ist wieder um einige Grade mehr gefestigt, dem deutschen Volk neue Ketten angelegt worden.

Die deutsche Regierung aber hatte schon durch Dr. Cuno erklären lassen, sie stelle sogar ihre Polizei zur Verfügung, um die ehrliche Erfüllungspolitik zu garantieren.

Es handelt sich bei Erörterung dieses alljüdischen Börsenplanes nicht um Einbildungen eines verfolgungswahnsinnigen Völkischen, sondern um nachweisbare nüchterne Erkenntnisse der treibenden Kräfte heutiger Weltpolitik.

Die einen wollen vielleicht das deutsche Volk mehr mit der „Berechtigung" der „historischen Grenzen Frankreichs" vertraut machen („Voss. Ztg."), die andern schwärmen mehr von der in Washington 1922 zustandegekommenen „angelsächsischen Weltherrschaft" („Frankf. Ztg.") und sagen offen, wir (!) sollten uns darüber freuen, wenn dadurch wieder Ordnung in die Welt käme. Das sind nur unwesentliche Schattierungen. Aber niemals ist der grundsätzliche Gedanke der Unterjochung Deutschlands in frecherer Weise vertreten worden als am 8. Februar 1923 durch die „Frankf. Ztg.", der Hauptstütze der Novemberrepublik. Sie schrieb, nachdem sie französische Sorgen geschildert hatte:

Von Wüsten, Kamelen und Träumen.

Ein englischer Hauptmann, Angus Buchanan, hat kürzlich im Auftrag des Britischen Museums eine Filmexpedition durch die Sahara unternommen.

Sehr strapaziös. Von 32 Kamelen erlagen 31 den Anstrengungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß der Mensch mehr aushält als das Kamel.

Bei seiner Rückkehr erzählte Buchanan, die Entbehrungen seien entsetzlich gewesen. Aber die Nacht hätte sie durch schöne Träume entschädigt. Er selbst habe einmal von Hummermayonnaise geträumt.

Nun, man sagt, daß Träume immer ihren Ursprung in Gedanken haben, mit denen man sich tagsüber beschäftigt.

Wir Deutsche können dem englischen Hauptmann seine seelischen und körperlichen Qualen nachfühlen.

Auch unser Dasein ist strapaziös und reich an Entbehrungen. Wie groß der Prozentsatz an Kamelen ist, die ihm schon unterlegen sind, ist statistisch wohl nicht festzustellen.

Man sieht immer noch sehr viel Leute, die mit eisernen Uhrketten herumlaufen, auf denen steht „Gold gab ich für Eisen".

Aber die Sache mit den Träumen stimmt.

Ich habe neulich von Kartoffelpuffern geträumt.

„Wohl aber kann es kommen, daß beide — der friedliche Bürger, der seine Renten ungemindert genießen möchte, und der gewaltfreudige Politiker, der von der Weltherrschaft seiner Armeen träumt — in Wahrheit nur das Werkzeug einer dritten Gruppe sind: das Werkzeug jener kleinen, aber überall (!) mächtigen Schicht von Sonderinteressenten, denen die Ideologen der Politik und die Machtmittel ihres Landes nichts sind als Methoden zur Verfolgung wirtschafts-imperialistischer Ziele, deren Durchsetzung, mit nationalen Phrasen verbrämt, vor allem ihnen selbst Gewinn und Herrschaftserweiterung bringen sollen. Man würde die hinter der Ruhraktion stehenden Antriebe gründlich verkennen, wenn man diese wirtschafts-imperialistischen Ziele in ihrem Hintergrunde übersähe.

„Der Kampf, um es mit einem Worte kraß ins Licht zu stellen, geht um Deutschlands Kolonisierung. Deutschland, vor dem Kriege an dieser imperialistischen Politik der Großmächte nicht unbeteiligt, ist heute im Entscheidenden (!!) das Objekt für dieses imperialistische Streben, das jetzt in alle politische Machtpolitik der Staaten hineinspielt. Unsere staatliche Ohnmacht und unser durch die Reparationsverpflichtung ins Gigantische gesteigerter Bedarf nach Kapitalimport gibt dem Auslande dafür die Waffen."

Hier wird also zunächst kalt das zugegeben, was die völkischen Deutschen seit Jahren nachweisen: daß die Staaten abhängig geworden sind von Finanzsyndikaten, daß die Völker sich nicht mehr für eigene Interessen schlagen, sondern für jüdische Börsenbanditen und ihre Helfer. Damit man aber ja nicht glaubt, die Frankfurterin wolle sich gegen die Vertrustung des deutschen Volkes aufbäumen, heißt es gleich weiter:

„Weite Kreise in Deutschland haben in den Jahren seit unserem militärischen Zusammenbruche heftige Furcht vor allem, was nach „Überfremdung" aussah, bekundet. Sie verkannten, daß Überfremdung in großem (!) Ausmaße unser unabwendbares (!) Schicksal (!) war (war, also von jeher! D. V.) — und daß nicht jede Überfremdung an sich für uns schon verhängnisvoll ist, sondern daß es umgekehrt darauf ankommt, sie nach Möglichkeit in ungefährliche Bahnen zu lenken."

Damit ist die Novemberrepublik endgültig entlarvt und zwar von ihren triumphierenden Wortführern selbst. Kein Wunder, daß Demokratie und Marxismus so — reichstreu sind...

Der Verrat am Ruhrgebiete.

Mit dem Verlust Oberschlesiens und mit dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet wurde seitens der Erfüllungspolitiker operiert, wenn sich in Bayern oder anderswo im Reiche stärkere Kräfte meldeten, die dieser Katastrophenpolitik Einhalt gebieten wollten. Im Namen der Reichseinheit gelang es, sie zum Schweigen zu bringen, wobei Landtage und Regierungen sich wohl hüteten, jemals das Volk um seine Meinung in den allerwichtigsten und grundlegenden Problemen zu befragen. So gingen uns zuerst blühende Teile Oberschlesiens verloren. Dies war zwar ein offener Faustschlag des jüdischen Genfer Völkerbundes (vgl. darüber meine Schrift „Die Weisen von

Zion und die jüdische Weltpolitik") ins Gesicht der erfüllungsbereiten Novemberrepublik. Diese fand ihre Fassung aber schnell wieder und der deutsche Vertreter, der Halbjude Schiffer, hielt die Gelegenheit für passend, ausgerechnet nach ihm offen im Reichstag zu erklären: „Die Zeit ist gekommen, um die Brücken zwischen den Völkern neu zu schlagen, die der Krieg zerstört hat"...

Das Volk wurde beruhigt, die Novemberrepublikaner erfüllten weiter. Und zwar erfüllten sie immer mit Hilfe derselben Taktik. Bei irgendeiner Forderung, gegen deren Ungeheuerlichkeit sich das ganze Volk empörte, versicherte man, die Erfüllung sei ausgeschlossen. Dann brachte man „Erwägungen", stellte ferner die Annahme als das kleinere Übel hin, malte die Folgen der Ablehnung in den schwärzesten Folgen. Zum Schluß beschimpfte man die Befürworter der Ablehnung als reichsfeindliche Hetzer. Ein Beispiel.

Ende Januar 1921 kamen aus Paris die unverschämtesten Erpresserforderungen. Der „Vorwärts" schrieb hierzu am 1. Februar:

> „Eine deutsche Regierung, die die Pariser Vorschläge annimmt, wird sich nicht finden. Eine solche Regierung würde sich in Widerspruch stellen zur Meinung ganz Deutschlands (!); in ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält."

Als das Ultimatum aber später, Anfang Mai, anlangte, schrieb derselbe „Vorwärts" am 4. Mai:

> „Die Annahme des Ultimatums wird das kleinere Übel sein, wenn sich voraussehen läßt, daß wir bei äußerster Anstrengung imstande sein werden, seinen Forderungen (die noch am 1. Februar unerfüllbar waren) wenigstens ein paar Jahre lang nachzukommen... Ergibt jedoch die ruhige, nüchterne Prüfung der uns gestellten Forderungen, daß wir bei dem Versuch, sie zu erfüllen, schon in den nächsten Monaten auf der Strecke liegen bleiben, und dann doch erleiden müßten, was wir durch die Annahme vermeiden wollten, dann müssen wir das Unvermeidliche über uns ergehen lassen in dem Gedanken, daß erwartetes Ungemach immer schlimmer aussieht als schon eingetroffenes."

Ein paar weitere Tage wird die Gefolgschaft durch Salbadereien hingehalten. Dann heißt es am 8. Mai 1921:

> „Wie wir also die Lasten, die uns das Finanzdiktat auferlegt, auf die Dauer tragen sollen, ist nicht zu sehen. Es ist aber auch ernstlich zu prüfen, ob nicht die Besetzung des Ruhrreviers die Wirtschaftslage noch rascher verschlechtern, die Arbeitslosigkeit noch stärker steigern würde als ein Versuch, mit der Erfüllung des Finanzdiktates zu beginnen."

Und am Tage darauf schreibt der „Vorwärts", der am 1. Februar keine Regierung zu „finden" wußte, unbekümmert:

> „Dürfen wir ja sagen, wenn wir die wirtschaftlichen Forderungen des Ultimatums für unerfüllbar halten? Auf diese Frage ist zu antworten: Das Ultimatum fordert von uns kein volkswirtschaftliches Gutachten, sondern bestimmte Handlungen. Wir sollen vor allem 50 Millionen Goldmark mit 5 vom Hundert verzinsen und mit 1 vom Hundert tilgen. Wir sollen jährlich 2 Milliarden bezahlen und dazu noch einen Betrag, der dem Wert eines Viertels unserer Ausfuhr entspricht. Die Frage ist nicht, ob wir das in zehn, fünfzig oder zwanzig Jahren noch werden tun können, die Frage ist die, wielange wir das aushalten können, um jetzt dem Todesstoß auszuweichen und ein besseres Weltwetter abzuwarten."

Damit war die Unterwerfung wieder einmal „Staatsnotwendigkeit" geworden. Nun beachte man aber folgende Ausführungen desselben „Vorwärts" vom 12. Mai 1921.

„Konnte Frankreich, wie es wollte, nach der Ablehnung des Ultimatums marschieren, dann marschiert es im Einverständnis mit England, Italien, Belgien und Japan, und im Einverständnis mit der großen Mehrheit seiner eigenen Bevölkerung. Würde aber Frankreich, vom Eigensinn einiger unentwegten Schlachtendenker unwiderstehlich fortgerissen, marschieren, nachdem Deutschland angenommen hat, dann würde es damit seinen eigenen Verbündeten gegenüber vertragsbrüchig werden, und alle denkfähigen Kreise Frankreichs würden begreifen, daß hier etwas begangen wird, was nach Fouchés berühmtem Worte mehr als ein Verbrechen ist — ein Fehler!

„Indes läßt die Haltung auch der extremsten Pariser Nationalistenpresse den Schluß zu, daß der Morgen nach dieser Nacht die Überflüssigkeit der hier angestellten Erwägungen beweisen wird. So bliebe nur noch die Frage, zu untersuchen, ob es in Frankreichs Belieben liegt, zu einem späteren Zeitpunkte einzumarschieren auf seine einseitige Behauptung hin, irgendeine der Bedingungen des Ultimatums sei nicht erfüllt. Diese Frage ist rundweg zu verneinen. Logischerweise ist die Überwachung der Ausführung des Ultimatums eine gemeinsame Angelegenheit jener Mächte, die das Ultimatum gestellt und seine Annahme erzwungen haben. Vielleicht findet man inzwischen auch Zeit, sich wieder einmal nach dem Völkerbund zu erkundigen, dem nach Artikel 17 des von uns unterzeichneten Friedensvertrages die erhabene Aufgabe zufällt, Streitfragen auch zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern des Bundes zu schlichten."

Hier blicken wir einmal ins innerste Getriebe der jüdisch-marxistischen Börsenpolitik, welche den deutschen Arbeiter mit einem Schreckensende drohend, ihn nach und nach von einer Unterwerfung zur andern führte. Und nachdem dieser blutigen Schweiß zugunsten der fremden Ausbeuter geschwitzt hatte, kam der Einbruch ins Ruhrgebiet doch. Alles, was die Völkischen vorausgesagt hatten, war eingetreten, umsonst waren die 46 Milliarden Goldmark gewesen, umsonst alle Erniedrigungen, alles Betteln und Winseln. Die Erkenntnis der Völkischen begann nach und nach Gemeingut breiter Schichten zu werden. So sehr nun auch der Ruhreinbruch die Erfüllungspolitiker belastete, so ergab sich doch für sie eine Möglichkeit: die Augen des Volkes von sich, als den Schuldigen, abzulenken und auf Frankreich zu weisen. Die Franzosen sorgten durch ihre Niedertracht für Agitationsstoff, und plötzlich stand sie da, die „nationale Einheitsfront". Börsenblätter und Marxistenpresse riefen im Namen des Vaterlandes zur Hilfe auf für die Ruhreinwohner und die blödsinnige sogenannte bürgerlich-nationale Presse schrie von der Notwendigkeit, alle Parteizwistigkeiten zurückzustellen und fiel einstimmig über die Nationalsozialisten her, welche erklärten, daß mit einer *solchen* Einheitsfront die Ruhr sicher verloren gehen würde, der Dolchstoß würde vom Marxismus unweigerlich nochmals geführt werden. Diese Anschauung bewahrheitete sich von Tag zu Tag immer mehr, da der seiner schönen Augen wegen von den Deutschnationalen verhimmelte Reichskanzler Cuno keinen Finger rührte, um die Verräter an der Ruhr unschädlich zu machen.

Der zur Verfügung stehende Raum gestattet es leider nicht, all die unzähligen Flugblätter abzudrucken, welche die K. P. D. in allen Teilen Deutschlands verbreitete. Sie sprachen alle von der absichtlichen Sabotage der Erfüllungspolitik seitens der Berliner Regierung, betonten Deutschlands Pflicht (!) zum Wiederaufbau Frankreichs, forderten jede (!) Vermittlung, ja erklärten sogar den Einmarsch Poincarés als — gerechtfertigt. Dies taten selbst Reichstagsabgeordnete wie Paul Levi, ohne daß ihnen von Herrn Cuno ein Haar gekrümmt worden wäre. Angesichts dieser verlogenen Einheitsfassade war der Zusammenbruch an der Ruhr nur eine Frage der Zeit. Am 2. Mai sandte denn auch schon Dr. Cuno seine Unterwerfungsnote nach Paris, in welcher er den „gesamten Besitz und alle (!) Einnahmequellen des Deutschen Reiches" als Garantien anbot und einer internationalen Kommission alle Kontrollrechte zusprach. Poincaré antwortete, von Verhandlungen könne keine Rede sein, ehe nicht auch der passive Widerstand an der Ruhr seitens der deutschen Regierung aufgegeben worden sei. Der französische Kriegsminister Maginot erklärte auf einem Bankett in Arcachon bei einer Veranstaltung der Kriegervereine: „Wir werden die Umklammerung nur lockern, wenn Deutschland den Widerstand beendet. Wir werden — Deutschland muß davon überzeugt sein und die Welt muß es wissen — keine Vorschläge annehmen, die in einer neuen Verringerung unserer Forderungen bestehen und uns nicht die Garantie sichern, auf die man bei einem Volke wie dem deutschen nicht verzichten kann."

D a ß Frankreich überhaupt antwortete, wurde seitens der Börsenpresse als ein besonders großer Erfolg verzeichnet. Die „Frankf. Ztg." schrieb am 1. Mai 1923:

„Der Ton, den die Note anschlägt, könnte verstimmen, wenn man von Paris aus eine andere Sprache gegenüber Deutschland gewohnt wäre. . . ."

Also auf deutsch: der französische Fußtritt wäre schmerzhaft, aber da wir ja es gewohnt sind, getreten zu werden, ist doch eine Verhandlungsgrundlage geschaffen: der eine tritt, der andere läßt sich treten und nennt dies — Verhandeln. Tatsächlich zieht die „Fr. Ztg." auch diese Folgerung und betitelt ihren Aufsatz „Die Möglichkeit einer Fortführung (!) der Diskussion".

Die „Vossische Ztg." des Juden Bernhard sagt nach einer sanften Kritik: „Bei all dem dürfen die verantwortlichen Politiker in Deutschland, Poincarés Antwortnote zu prüfen und zur G r u n d l a g e i h r e s w e i t e r e n V o r g e h e n s (von der ‚V. Ztg.' gesperrt!) zu machen haben (!!) (P o i n c a r é s Note, n i c h t diejenige Cunos!) sich nicht der nur zu begreiflichen Stimmung hingeben, mit der zweifellos die breiten Volksmassen in Deutschland die Note lesen werden" (7. Mai!).

W o r u m es sich im Ruhrkampf handelte, w u ß t e n die marxistischen Führer ganz genau. Anfang Februar veröffentlichte das „Korrespondenzblatt des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes" einen Aufsatz, in dem es wortwörtlich heißt:

„Daß an der Ruhr die Entscheidungsschlacht um den sozialpolitischen Fortschritt der Welt geschlagen wird, daß ein Obsiegen der Franzosen gleichbedeutend sein müßte mit Zusammenbruch sowohl der deutschen Wirtschaft als auch der deutschen Sozialpolitik, o b e n a n d e r E r r u n g e n s c h a f t d e s A c h t s t u n d e n t a g e s, Gefahr ist im Verzuge, die deutsche Sozialpolitik präsentiert sich längst nicht mehr als blutvolles Gebilde, die Reparationspolitik (!!!) hat ihr mehr und mehr den Säftezustrom verdünnt, die

Krankenkassen z. B. können sich nur noch mühsam aufrechterhalten trotz ständig erhöhter Beitragsleistungen der Versicherten. Schuld an allem Elend ist der französische Vernichtungswille, der auch vor der deutschen Sozialpolitik nicht Halt macht, der es am liebsten sähe, wenn die deutschen Arbeiter über den Achtstundentag hinaus und losgelöst von jeder sozialen Fürsorge für französische Unternehmeninteressen frondeten. Der namhafte Franzose, der einst, als er sich noch der politischen Linken zurechnete, die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung in öffentlicher Kammersitzung gelobt hat. Millerand ist heute als Präsident der Republik eingefleischter Nationalist. Er würde dem Zusammenbruch der deutschen Sozialfürsorge schwerlich eine Träne nachweinen. Die deutsche Arbeiterschaft erkennt also, daß sie, indem sie in geschlossener Abwehrfront mit den anderen deutschen Volksgenossen verharrt, für ein hohes Gut streitet."

So sehen also nach marxistischem Geständnis die „Patrioten" aus, welche Eisner-Kosmanowsky 1918 zu verherrlichen wagte! Angesichts dieser Erkenntnis (welcher nur die Ergänzung fehlt, daß der Dreivierteljude Millerand ein Exponent der Pariser Börse ist) werfen die Debatten innerhalb der marxistischen Führerschaft ein helles Licht auf die traurige Verräterrolle, welche diese auch im Ruhrkampfe spielte.

Am 26. Februar 1923 tagte der Bezirkstag Großberlins der S. P. D. Otto Wels, eines der führenden Häupter, erklärte jetzt, Frankreichs uraltes Ziel sei die Zerstückelung Deutschlands und die Annexion des Rheinlandes. Die Führer wußten also, was Frankreich will und hatten doch die Stirn, von einer „Verständigung" zu reden. Gleich darauf aber sagte der saubere Herr: „Wir fürchten nicht die Dolchstoßlegende (den Leuten ist ob ihrer eigenen Tat nicht mehr ganz wohl! D. V.) der deutschnationalen Presse, die erzählt, daß wir die Einheitsfront zerschlagen hätten. Eine solche Einheitsfront hat es nie gegeben." „Wir können den Klassenkampf nicht einstellen, selbst wenn wir wollten. Es kann keine Solidarität mit dem Unternehmertum geben. . . . Gewiß, die internationale Arbeiterschaft ist geschwächt (!), aber dennoch ist die moralische Unterstützung, die uns die französischen und belgischen Sozialisten durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung zuteil werden lassen (indem sie ein Vertrauensvotum für Poincaré abgeben D. V.), unendlich (!!!) mehr wert als die Beschimpfung (!) Poincarés durch unsere Nationalisten."

Mit welchem befriedigten Hohngelächter wird man diese Worte in Paris gelesen haben, namentlich Léon Daudet, der bekanntlich im Abgeordnetenhause erklärte, er wünsche den Deutschen ihre Republik und ihre Sozialdemokraten, weil er Deutschland die Pest wünsche. Wels aber sprach die zitierten Worte kurz nachher als bekannt geworden war, daß der Sekretär der Amsterdamer Internationale, Fimmen, erklärt hatte, die Internationale könne nichts zu Deutschlands Gunsten unternehmen. Der Jude Kurt Rosenfeld ergriff das Wort zur Erklärung: „Wir müssen den Satz bekämpfen, daß die Regierung Cuno erst verhandeln will, wenn die Franzosen das Ruhrgebiet verlassen haben." Der Hebräer Paul Levi, seinerzeit der absolute Anhänger Sowjetjudäas, dann zu seinen alten Freunden wieder nähergerückt, erklärte: „Die Verpflichtungen (!!) zur Reparation bestehen für uns ohne Rücksicht auf den Ausgang des Ruhrkampfes." Der Jude Paul Hertz aber forderte „aktiven Widerstand gegen die Orgeschbanden". . . .

Unter den Einflüssen einer solchen Gesellschaft ging der Todeskampf an der Ruhr vor sich. Es war natürlich, daß er kurz über lang mit einer Niederlage endigen mußte. Noch Mitte Juni flunkerten zwar die Hebräerblätter vom passiven Widerstand als dem Mittel zum sicheren Siege, aber allmählich begann die alte Taktik der Vorbereitung zum „Umlernen"...

Die „Frankf. Ztg." erklärte, der fortschreitende Verfall der Finanzen würde weitergehen, falls nicht eine Verminderung der Ruhrausgaben vorgenommen werden würde: „Wer sich die Zusammenhänge klar macht, kommt auch an der Feststellung nicht vorbei, daß eine solche Einschränkung der Ausgaben des Reiches nur unter der Voraussetzung einer raschen Liquidierung des Ruhrkonflikts angestrebt werden kann." Wir müßten die „notwendigen Konsequenzen" ziehen. Die „Voss. Ztg." schrieb:

„Als die politische Aufgabe der deutschen Regierung wird es daher betrachtet, Frankreich geneigt zu machen, unter Verzicht auf die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes mit Deutschland über den Ruhrkonflikt und das Reparationsproblem zu verhandeln. Man ist sich bewußt, daß die Bedingungen dafür sehr schwer sein werden, aber auch schwere materielle Anforderungen können eher ertragen werden als die Fortdauer der Ungewißheit. Nicht erträglich aber wäre, wie dies der Reichskanzler wiederholt betont hat, die Aufgabe deutschen Gebietes oder die Aufgabe deutscher Souveränität."

Später wurde dies „Unerträgliche" als Selbstverständlichkeit hingestellt. Dasselbe Blatt schrieb nämlich (Nr. 442, 1923) wörtlich:

„Es ist doch höchste Zeit, daß die deutschnationale Presse einmal die hier schon verschiedentlich gestellte Frage klipp und klar beantwortet: **Welche andere Lösung als die des völligen Zusammenbruchs und der bedingungslosen Kapitulation gibt es eigentlich, wenn es nicht gelingt, die Verhandlungen mit Frankreich zum Erfolg zu führen?**"

Dieser „Erfolg" war aber gerade die **bedingungslose** Aufgabe der Abwehr an der Ruhr durch den von der „Voss. Ztg." verhimmelten Dr. Stresemann. Dr. Bernhard, ihr Leiter, aber bezeichnet Poincaré als einen „formal rechtlich denkenden" Menschen (Nr. 440 v. 17. September 1923). Zu **gleicher** Zeit, da die Börsenblätter diese Zermürbungsoffensive führten, tagte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der „Vorwärts" berichtete am 19. September, es habe „Einmütigkeit" darüber bestanden, daß „schleunigst Verhandlungen mit Frankreich" angeknüpft werden sollten. Dies geschah **nach** der offiziellen Erklärung Poincarés, er werde das Ruhrgebiet **nicht** räumen.

Zur **selben** Zeit reiste der demokratische Abgeordnete Erkelenz herum und sprach in derselben Tonart. So sagte er z. B. am 10. September in Hamburg:

„Es ist ein Gebot der Staatsklugheit, den Ruhrkampf nach Möglichkeit abzukürzen. Jeder Mensch im Ruhrgebiet kostet dem Reich täglich drei Goldmark (und jeder Parlamentarier kostet dem Volk 10 Jahre Sklaverei. D. V.). Die deutsche Regierung muß daher den Versuch machen, mit Frankreich in Verbindung zu treten, um den Kampf an der Ruhr zu beenden. Die Regierung hat bereits Schritte eingeleitet, die hoffentlich bald zu einem guten Ende (war das nicht offener Hohn? D. V.) des Kampfes führen werden. Die Verhandlungen müssen auf der Grundlage ausgeführt werden, daß das deutsche Volk bereit sei, immer (!!) neue große Opfer zu bringen, selbstverständlich aber unter der Bedingung, daß die Souveränität und Einheit des

Reiches und die Erhaltung der Rheinlande (nicht des Ruhrgebiets! D. V.) bei Deutschland garantiert werde. Aber allein mit der Opferwilligkeit wird es nicht getan sein. Die Frage der Beteiligung der Franzosen an der deutschen Industrie muß geregelt werden."

Es ließen sich noch Dutzende von Beispielen herzählen, welche beweisen würden, daß wie auf Parole der Verrat an der Ruhr als Staatsklugheit hingestellt und das Volk nochmals zur bedingungslosen Unterwerfung vorbereitet wurde. Die „Frankf. Ztg." spekulierte auf den Geldsack im nichtbesetzten Gebiet, Herr Erkelenz berechnete den Wert des Deutschen an der Ruhr auf so und so viel Goldmark. Das „gute Ende" kam, die Ruhr wurde bedingungslos preisgegeben. Herr Erkelenz ist ein hochangesehener Novemberrepublikaner....

Was diese Niederlage zu bedeuten hat — sie beginnt jetzt sich auszuwirken — das wußten die sozialdemokratischen Führer ganz genau. Ich führte schon eine Stimme an. Der marxistische Abgeordnete Nikolaus Osterroth schrieb sogar eine Broschüre betitelt „Der deutsche Arbeiter und der Ruhreinfall" (Verl. f. Politik u. Wirtschaft). Er sagt darin:

„Die Kapitulation würde bedeuten: Verewigung der Sklaverei, Beschleunigung des großen Absterbeprozesses im deutschen Volk, der bereits seit Jahren begonnen hat, würde das Wort Clemenceaus buchstäblich wahr machen, wonach 20 Millionen Deutsche zuviel da sind."

Und weiter schreibt Osterroth: „Das deutsche Volk hätte sich selbst aufgegeben, hätte sein Recht auf Leben in der Gegenwart und Zukunft verneint, wenn es anders gehandelt hätte. Die Kapitulation vor franko-belgischen Tanks und Bajonetten wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Ende der deutschen Industriewirtschaft, die doch die wichtigste Lebensquelle für 60 Millionen deutscher Volksgenossen ist."

Gleichzeitig betont Osterroth, daß es Poincaré nie und nimmer um Reparationen zu tun sei, sondern um die Vernichtung Deutschlands. Er malt es den deutschen Arbeitern mit eindrucksvollen Worten aus, was einträte, wenn kapituliert würde:

„Sozialpolitisch bekäme es die deutsche Arbeiterklasse und die deutsche Gesetzgebung mit der rückständigsten und brutalsten Kapitalistenclique der Welt zu tun. (Welche vom „Vorwärts" während des Krieges als vorbildliches Parlament hingestellt wurde D. V.!) Auf gewerkschaftlichem Gebiet würden sich die Arbeiter im Kampf mit Gegnern, die jenseits der Vogesen sitzen, und ihre Unternehmungen unter den Schutz französischer Bajonette stellen, den Kopf einrennen. — — Die Arbeiter an der Ruhr und die hinter ihnen stehenden Hand- und Kopfarbeiter wissen, daß ihr Abwehrkampf notwendig ist vor allem im Interesse der deutschen Industriearbeiter. Die deutsche Wirtschaft, um deren Selbstbehauptung der Abwehrkampf geführt wird, ist nicht zuletzt ein Lebensgut der deutschen Arbeiter. — — Der Abwehrkampf an der Ruhr und am Rhein dient der Erhaltung der deutschen Wirtschaftshoheit, der Unabhängigkeit der deutschen Lebensquellen, der sozialen Freiheit und Aufstiegsmöglichkeit der deutschen Arbeiterschaft, der Freiheit und Sicherung der ganzen Zukunft des deutschen Volkes. Und darum gibt es kein Erlahmen in diesem berechtigsten Abwehrkampf, bis die bessere Einsicht jenseits der Vogesen einzieht."

Über die Konsequenzen war man sich also im klaren, für die marxistische Führerschaft gibt es keine mildernden Umstände, ebensowenig wie für die Börse, welche nachher durch die „Frankf. Ztg.“ höhnisch erklärte, es sei jedem Einsichtigen klar gewesen, daß der passive Widerstand nicht zum Sieg führen könne...

Und jetzt kommt das Schlimmste! Nicht nur tat die preußische Regierung selbst nichts, um den passiven Widerstand an der Ruhr zu organisieren (die schüchternen Versuche Cunos wurden alle mattgelegt), sie fiel sogar der aus dem Volk herausgeborenen aktiven Abwehr in den Rücken, löste dieselben völkischen Verbände auf wie der französische General Degoutte und sandte in Gestalt ihrer Vertreter an der Ruhr Steckbriefe hinter Männern her, die ihr Leben für die Rettung ihres Vaterlandes in die Schanze schlugen. Was die Franzosen anfangs nervös machte, war die Furcht vor dem unsichtbaren Feind, das Bewußtsein, im Zuge fahrend plötzlich in die Luft gesprengt zu werden, von einer Eisenbahnbrücke abzustürzen, auf Patrouille abgeschossen zu werden usw. Dieser unsichtbar geführte, von der Gesamtbevölkerung unterstützte Kleinkrieg geführt zusammen mit einer groß angelegten Propaganda unter den Franzosen war die einzige Form des Widerstandes, die zu einem Erfolg geführt hätte. Dieser Weg aber durfte nicht beschritten werden!

Wenn Jahrhunderte vergehen werden, wird unter vielen Duldern ein Mann genannt werden als Symbol dieses heldischen Kämpferwillens: Albert Leo Schlageter. Deutschland ist seinem Beispiel nicht gefolgt, sondern gehorcht noch immer einer Partei, deren Vertreter gegen diesen edelsten, den Opfertod gestorbenen Deutschen Steckbriefe versandt[1]) und später seine Befreiung verhindert haben, indem sie den Organisator dieser Befreiung gefangen hielten wegen Verdachts, — — — „Sabotageakte“ vollführt zu haben.

Diese Gesellschaft, deren Führer sich brüsten, kein Vaterland zu kennen, das Deutschland heißt, haben sich auch nicht geschämt, den deutschen Helden selbst im Grabe noch zu schänden. Zu ihrer ewigen Schmach sollen hier einige Stimmen dieser Burschen der Vergessenheit entrissen werden. Kaum lag der Nationalsozialist Schlageter im Grabe, als die gesamte marxistische Presse berichtete, er sei — — polnischer Spitzel gewesen. Es wurde sofort nachgewiesen, daß er auch im Osten in deutschen Diensten für die Freiheit seines

---

[1]) Zur ewigen Schande sei dieses Dokument hier im Wortlaut wiedergegeben. Ich habe ein Fahndungsblatt selbst in Händen gehabt. Der Befehl lautet:

Eisenbahnsprengung in Calcum. Am 15. März 1923, abends gegen 8 Uhr, wurden die Eisenbahngeleise über den Haarbach, Gemeinde Calum, gesprengt. Als Täter kommen wahrscheinlich zwei junge Leute, die wie folgt beschrieben werden, in Frage. Familiennamen mutmaßlich Fr. von Krampe oder von Krause und Albert Leo Schagstein oder Schapeten, der eine 20 bis 25 Jahre alt, 1,60 Meter groß, schlank, dunkelblond, ohne Bart, volles Gesicht, Gang und Haltung aufrecht, spricht auswärtige Mundart (kein Rheinländer), bekleidet mit schwarzen Schnürschuhen, braunen Sportstrümpfen, grauem Fischhautmantel mit Gürtel und heller Sportmütze; der andere 20 bis 25 Jahre alt, 1,80 Meter groß, schwächlich, blond, ohne Bart, längliches Gesicht, Gang und Haltung aufrecht, Rheinländer, trug Kneifer; Kleidung: schwarze Schnürschuhe, grauer Regenmantel und heller Schnitthut. Infolge des Attentats sind angesehene Bürger als Geiseln durch die Besatzungsbehörde ins Gefängnis gebracht worden und sollen erst bei Ermittelung der Täter in Freiheit gesezt werden. Es wird daher um Anstellung geeigneter Ermittelungen nach den Tätern und um evtl. schleunige Mitteilung an die unterzeichnete Polizeibehörde ersucht.

Kaiserswerth, 5. April 1923. Die Polizeiverwaltung.

Volkes gekämpft hatte, was aber nicht hinderte, daß die marxistischen Journalisten in ihrer Arbeit der Leichenschändung fortfuhren. Die marxistische „Tagespost“ in Nürnberg schrieb, indem sie Schlageter mit Rathenau verglich:

„Wie es für sie (die Völkischen) keinen Helden Rathenau gab, der diese Anerkennung wahrhaft verdient hätte, gibt es für uns (soll wohl heißen: Juden) keinen Helden Schlageter, dessen einziges Verdienst ein Vergehen gegen den passiven Widerstand war. Nach Schlageter Straßen nennen und ihm Denkmäler errichten, heißt dem Nationalismus Denksteine bauen.“

Die sozialdemokratische Teplitzer „Freiheit“ schrieb in ihrer Folge vom 15. Juni 1923 in einem Leitartikel „Schlageter und Comp.“:

„Gerade Schlageter hat bei den innerpolitischen Kämpfen gegen die Republik eine so üble Rolle gespielt, daß selbst die doch sehr nachsichtige republikanische Justiz hinter ihm einen Steckbrief erlassen hat, nach dem er wegen militärischer Bandenbildung und Geiselgefährdung gesucht wurde. Und ein solch steckbrieflich verfolgtes Subjekt (!!) ist heute der Gegenstand umfangreicher offizieller Ehrungen, noch dazu wegen Taten, die mit dem passiven Widerstand nicht nur unvereinbar sind, sondern die Lage im Ruhrgebiet erfahrungsgemäß beständig verschärfen!“

Das genügt. Das deutsche Volk aber muß sich klar darüber sein, daß es in seinem heutigen Zustand das Opfer eines Schlageter nicht würdig ist. Es hat auch in der Weltpolitik so lange keine andere Behandlung verdient als solche Schreiberseelen straflos umherlaufen und Leute, die kein Vaterland kennen, das Deutschland heißt, über sein Schicksal bestimmen dürfen. Ehe diese nicht verschwunden sind, geht Deutschland den Weg der Erfüllung, d. h. von einer Erniedrigung zur andern. Die Strafe für diese Verbrechen an unserem Volk ist seine Versklavung. Die gerechte Strafe dafür, daß wir die Nationalehre preisgaben und unsere Helden mit Kot bewerfen ließen.

Der Bolschewismus.

Der Temperamentsunterschied der verschiedenen Volksteile ist überall recht erheblich und so muß auch der Marxismus — namentlich in bewegten Zeiten — Vorsorge treffen, daß die stürmenden, aktiven Kräfte ihm ebensowenig verloren gehen wie die für Mäßigung eingestellten. Außerdem konnte auf die Dauer, dank der geführten Politik, nicht vermieden werden, daß ein Gefühl des Betrogenseins, in den letzten Jahren namentlich, immer weiter um sich griff. Es ist deshalb ein kluger Regiezug der jüdischen Leiter der marxistischen Bewegung gewesen, in der U.S.P., später in der K.P.D. ein Aufnahmebecken für die Enttäuschten und sich betrogen Fühlenden geschaffen zu haben, ohne daß diese merkten, daß sie letzten Endes doch wieder unter derselben Leitung arbeiteten. Ob auch die Soldaten und kleineren Führer der marxist. Parteien ehrlich entrüstet aufeinander losfuhren, die Drahtzieher haben sich höchstens darüber Kopfschmerzen gemacht, ob ihnen nicht doch die Zügel entgleiten könnten und die aktiven Massen instinktiv einen andern Weg einschlagen würden, als vorgesehen war.

Am Beginn der Börsenrevolution vom 9. November 1918 liebäugelte die „Frankf. Ztg.“ ganz offen mit den Methoden, welche in Rußland zu einem so glänzenden Siege über das russische Volk geführt hatten. Am 8. November 1918 bereits deutete sie das an und erklärte, daß es dann „auf Schonung von

historischen Überlieferungen und Rechten irgendwelcher (!!) Art" nicht mehr ankommen könne; am 1. Dezember 1918 stellte sie die Moskauer Weltrevolution als „Möglichkeit der Hoffnung und des Daseins" hin. Seither hat sie sorgfältig und konsequent die terroristische Blutgarde in Moskau als die rechtmäßige Regierung gefeiert, ihre Unterstützung gefordert; und trotzdem sie feststellte, daß zum Beispiel die rote Zensur schärfer sei als die zaristische, hat sie sich nie über das heutige Regiment erregt. Dieselbe Zeitung, welche über den Zarismus wetterte und Deutschlands Wehrmacht als „preußischen Militarismus" denunzierte, findet die bis zu 4½ Jahren in Rußland angesetzte Dienstzeit ganz natürlich. Sie sagt dazu: „Tatsächlich befindet sich Rußland in einer politischen Nachbarschaft, die es verständlich (!) macht, daß es Vorsichtsmaßregeln trifft" (Nr. 705, 1922). Für das hundertmal mehr bedrohte Deutsche Reich galt dieser Grund nicht.

Ich kann hier auf Näheres nicht eingehen und verweise auf meine andern Schriften, in denen gerade dieses Zusammenspiel genau verfolgt worden ist („Die Geheimnisse der Weisen v. Zion u. d. jüdische Weltpolitik", „Pest in Rußland", „Der staatsfeindliche Zionismus"). Nur zwei Geständnisse der triumphierenden Börse über ihren Sieg in Rußland seien vermerkt:

Die Frankfurter Zeitung" schrieb am 15. März 1922: „Man will in Moskau nicht dem Gegner seine Karten zeigen, noch weniger aber will man sie den eigenen Anhängern zeigen. Denn es gibt unter diesen doch einen erheblichen Teil, der nicht von allen Wendungen der Sowjetregierung erfreut ist, und der eine glatte (!) Verbindung mit dem Kapitalismus des Westens als eine Preisgabe der bolschewistischen Grundsätze ansehen würde. Ihnen gegenüber muß das Gesicht gewahrt werden, und darum sagt man ihnen, daß weitere Zugeständnisse an den Kapitalismus ausgeschlossen sind..., und daß man Rußland nicht zum Ausbeutungsobjekt für ein großes kapitalistisches Syndikat machen werde."

Das jüdisch-börsianische „Berl. Tageblatt" aber sagte nach einer „Würdigung" Lenins: „Das Spiel (!) zwischen Moskau und dem Westen wird immer feiner und komplizierter — es wird enger gespielt" (Nr. 27, 1922).

Aus diesem „engen Spiel" heraus ist der deutsch-russische Vertrag von Rapallo zu verstehen, die Freundschaft Radek-Sobelsohns mit den Berliner Börsenjuden, die Hilfsbereitschaft für das verhungernde Rußland, die offizielle Anerkennung der Sowjetregierung, trotzdem der Mord des Grafen Mirbach noch ungesühnt ist, usw.

Die Truppen des Chaos stehen auch in Deutschland heute noch bereit zum letzten Schlage. Man wagt nur nicht so recht, sie einzusetzen, weil die völkische Gegenwehr doch schon vorhanden ist. Die Börse hat sich augenblicklich entschlossen, um den deutschen Spießer wieder einzulullen, etwas auf der nationalen Flöte zu blasen und einige ihrer Schutztruppen zu opfern. Nach Einlullung und mit Hilfe der zermürbenden Erfüllungspolitik, kann der lang ersehnte Tag noch immer kommen, da das rote Banner mit dem Sowjetstern über dem Schlosse zu Berlin wehen soll.

Wenn der Marxist David am 7. März 1923 im Reichstag erklärte: „Die Erfüllungspolitik ist zwar gescheitert, aber trotzdem war sie richtig. Sie hat 1919 verhindert, daß das Reich zertrümmert und das linke Rheinufer französisch wurde" (als ob dies jetzt nicht der Fall wäre!). Wenn der Abg. Paul Levi am 11. Februar 1923 in Düsseldorf erklärte: „Wir müssen zurück zur Politik

der Erfüllung", so stelle man hierzu folgende Auslassungen des „Vorwärts" gegenüber:

In Nr. 63, 1923 z. B. klagt er, alle sozialen Errungenschaften, an die sich die Arbeiterschaft als an etwas Selbstverständliches gewöhnt hätte, seien durch die Ruhrbesetzung in Frage gestellt. Und dann fährt er fort:

„Um das zu verstehen, müssen wir uns hier ganz kurz mit Geist und Sinn des Versailler Friedensdokuments vertraut machen, insbesondere mit den französischen Aspirationen. Er herrscht leider auch in der deutschen Arbeiterschaft in dieser Hinsicht noch eine geradezu unglaubliche Unklarheit und Unkenntnis. Man kann gewiß der Meinung sein, daß gewisse deutsche Kreise weit mehr zu den Kriegslasten hätten herangezogen werden können, als geschehen ist. Aber grundfalsch ist es, anzunehmen, daß die französischen Pläne irgendwie (!) hätten beeinträchtigt oder vereitelt werden können! Selbst wenn Deutschland unendlich mehr an Reparationen geleistet hätte, als es geleistet hat, so hätte das Instrument von Versailles mit seinem grandios-raffinierten Gewirr von Schlingen und Fallen den französischen Imperialisten doch die erwünschte und gewollte Veranlassung geboten, deutsche Verfehlungen festzustellen."

Mit diesem Bekenntnis gibt der „Vorwärts" seiner gesamten Erfüllungspolitik eine schallende Ohrfeige und erklärt mit frecher Stirne das, was alle deutschen Blätter seit Jahren unter dem Wutgeheul desselben „Vorwärts" geschrieben haben. Aber es kommt noch besser, denn gleich darauf bemerkt der „Vorwärts":

„Die französischen Machthaber wollen gar nicht, daß Deutschland erfüllt, — und wenn es das nach unserem Ermessen getan hätte, dann würden sie noch immer „nachweisen", daß es nicht geschehen ist. Es ist auch gar nicht so sehr schwer, weil Deutschland gezwungen worden ist, absolut unerfüllbare Bedingungen zu unterschreiben. Diese unerfüllbaren Bedingungen sind das Mittel, das es Frankreich ermöglichen soll, das bis heute noch nicht aufgegebene Kriegsziel zu erreichen: die Annexion des linken Rheinufers!"

Mit diesen Worten wird als Kriegsziel Frankreichs ebenfalls das bezeichnet, was jeder Deutsche wußte. Nicht die Erlangung einiger 100 000 Tonnen Kohle, sondern Annexion deutscher Gebiete. Und am Ende dieser Zerstörung des deutschen Staates muß notwendigerweise auch die Vernichtung des ganzen deutschen Volkes stehen. Auch das erzählte der „Vorwärts" in aller Kälte. Und er weiß auch, daß es hier nur ein „Entweder — Oder" gibt. Er sagt:

„Der Kampf an der Ruhr, den jetzt die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten gegen den französischen Imperialismus führen, ist also in des Wortes tiefster und umfassendster Bedeutung ein Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes, von dem die Arbeitnehmerschaft neun Zehntel darstellt. Um Sein oder Nichtsein und damit auch um all das, was die organisierten deutschen Arbeitnehmer in einem halben Jahrhundert zähen, opfervollen Kampfes auf wirtschaftlichem, sozialem und allgemein kulturellem Gebiet sich selbst geschaffen, den besitzenden und beherrschenden Gewalten abgerungen haben."

Trotz dieser klaren Bekenntnisse fuhr der „Vorwärts" fort, das deutsche Volk über die wirkliche Lage schamlos zu belügen, und auf den Kongressen der Bezirksvereine wurde kalt erklärt, man kenne keine nationale Einigkeit zwischen den verschiedenen Volksschichten, sondern nur die internationale Solidarität.

Zu allem Überfluß druckt der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 1. März 1923 noch einen Brief des jüdisch-marxistischen Führers in Amerika, Samuel Gompers, ab, in dem es u. a. heißt:

„Das Herz des französischen Volkes ist erfüllt von Edelmut und sträubt sich dagegen, dem deutschen Volke oder einem Teile des deutschen Volkes Zwangsarbeit aufzuerlegen.“

An diese Worte knüpft der „Vorwärts“ keinerlei Bemerkungen...

So ging der Verrat vor sich, bis sich die kommunistischen Führer mit den französischen Generälen verbanden und auch dem Widerstande an der Ruhr den Dolchstoß versetzten.

Die Erfüllung.

Die Erfüllungspolitik nähert sich gerade heute dem Abschluß einer neuen Etappe. Mit dem Rufe nach Freiheit, Brot und dem 8-Stundentag wurde die deutsche Arbeiterschaft in die Revolution gehetzt. An Stelle von Freiheit erhielten wir die größte Sklaverei, die jemals über uns gekommen ist; an Stelle von Brot kam Elend und Hunger. Nur der 8-Stundentag erschien als einzige greifbare Frucht der Novemberrevolution.

Zwar wurde verschwiegen, daß jeder Deutsche fast ganze 3 Stunden von diesen 8 für seine Todfeinde fronen mußte, aber immerhin konnte der Marxismus damit neue Köder auswerfen. Nun war aber klar, daß nach Festigung der Börsenherrschaft der Abbau auch dieser „Errungenschaft“ einsetzen mußte. Selbstverständlich mußte das so angefangen werden, daß die Erhöhung der Fron als wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit erscheinen mußte, wobei natürlich verschwiegen wurde, daß diese Mehrarbeit n u r dann einen Zweck hätte, wenn Schluß mit der Erfüllungspolitik gemacht worden wäre.

Der marxistische Vertreter im Reichswirtschaftsrat, der Jude Max Cohen, erklärte („Deutsche Konfektion“ vom 27. Mai 1922), er sei zwar Anhänger des Achtstundentages, aber „nur nicht in diesem Augenblick (dann war also das Revolutionsversprechen Betrug, Herr Cohen?), wo Deutschland alles (!), was an Kraft in ihm ist, hergeben muß (!), wenn es wieder in die Höhe kommen will“. „Es ließe sich ganz gewiß einrichten, daß das Plus, das durch die Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit erzielt würde, nicht den Arbeitnehmern zufiele, sondern in einen Reparationsfonds (! also für die Börse zu Paris, London, Neuyork !) angelegt würde, der zur Abtragung unserer Kriegslasten zu dienen hätte.“ Damit der Hohn vollkommen ist, fügt Herr Cohen noch hinzu: „Es ist nur (!) die Frage, über wieviele Generationen (!) sich das Dunkel (unserer Zukunft) erstrecken soll, a n s i c h v e r m e i d b a r i s t e s n i c h t m e h r.“ Also, deutscher Arbeiter, während man dich früher einiger Pfennige wegen zu Streiks aufrief: heute sollst und mußt du dich samt Kind und Kindeskindern zur Erfüllung der Sklaverei verpflichten! Das war der Sinn der Weltgeschichte, welcher den 9. November 1918 schuf, die Kolonisierung Deutschlands, was, wie wir sahen, auch die „Frankf. Ztg.“ als unser „unabwendbares Schicksal“ hinstellte.

Die „Münchner Post“ aber orakelte (Nr. 210, 1922) vom „ungewöhnlichen Maß von Unverstand“, wenn „jetzt noch (also 4 Jahre nach der glorreichen Revolution. D. V.) Bergarbeitergruppen die Ausführung des Überschichtabkommens verweigern“. Und weiter sagte sie: „Nur starke Steigerung der

Produktion kann helfen", diese aber muß durch „intensivste Leistung der 48 stündigen Woche erreicht werden". „Manche Arbeitergruppen werden sogar mit Überarbeit nicht sparsam sein dürfen (!)." Und wer soll das bewirken? Die Gewerkschaften. „Dabei müssen die Gewerkschaften verständnisvoll mitwirken."

Es hat am „Verständnis" nicht gemangelt: Jetzt, nach 5 Jahren, geht auch diese letzte „Errungenschaft" flöten. Die Hungerlöhne kommen, die Erfüllungspolitik geht weiter, die Arbeitszeit wird hinaufgeschraubt, die Arbeitslosigkeit setzt ein und der Sklavenexport kann beginnen.

Das Sprachrohr der Börsenherren in Deutschland erklärte, die Auseinandersetzung über das Reparationsproblem werde kommen: „Doch ist es fürs erste nicht der Tagespolitik überlassen, sich mit diesem Prozeß zu befassen. Andere, vielleicht stärkere Kräfte sind am Werk." So spricht die demokratische „Frankf. Ztg." zu ihren Lesern. Und sie sagt auch in bezug auf noch widerspenstige Franzosen: „Die französische Politik wird... sich eines Tages dem Gebot der internationalen Finanz beugen müssen (!)" („Frankf. Ztg." Nr. 405, 1922).

Und die „Arbeiter"presse weiß auch ganz genau, wer der Herr der Weltpolitik ist. In einer Ausführung über die Konflikte der macht- und finanzpolitischen Mächte, heißt es am Schluß kategorisch: „Da gibt es keine Lösung ohne das Durchgreifen einer starken Autorität. Eines Tages kommt dann das Finanzultimatum Amerikas" („Vorwärts" Nr. 266, 1922).

Damit ist der Ring geschlossen, die Erfüllung vollendet. Weltkrieg und Revolution haben ihre Schuldigkeit getan.

Aber auch die Befreiung winkt, die Erkenntnis des Betruges ist geboren: die völkische Bewegung ist erwacht und nicht mehr zu töten . . .

Inhalt.